

**NACHRICHTEN**

Union coop // fédération bietet Tee der Arbeiterkooperative SCOP-TI an.

3

**PROJEKTE**

Interview: Wer bei The Good Food in Köln Ehrenfeld einkauft, rettet Lebensmittel vor der Tonne.

4

**GENOSSENSCHAFTEN**

Ein Forschungsprojekt untersucht die Entwicklung genossenschaftlicher Neugründungen.

7

**BIOTONNE**

Graz: Vom 26. - 29. Oktober fand das Nyeleni-Herbsttreffen, das österreichische Forum für Ernährungssouveränität statt.

13

**KUNST & KULTUR**

Filmbesprechung: Ein Film über den Whistleblower, der die Korruption um das »Oil for Food«-Programm aufdeckte.

14

**WOHNUNGSNOT UND STADTRAUM**



▲ »Stop Zwangsräumungen« steht auf englisch und spanisch auf den Aufklebern, die sich dieser Berliner Demonstrant auf die Brille geklebt hat.

Foto: Matthias Coers

## Leben in Zeiten der Wohnungsnot

Die Abwanderung aus den ländlichen Gebieten in die Städte geht ungebrochen weiter. Besonderen Zuspruchs erfreuen sich die städtischen Hotspots. Unzureichender Wohnungsneubau und eine immer geringer werdende Zahl an sozial geförderten Wohnungen verschärfen die Situation.

THILO BROSCHELL, BERLIN

Aus ganz Europa zieht es Menschen in die Ballungsräume, bedingt durch eine große Zahl an gefragten Arbeitsplätzen, Bildungsangeboten, Universitäten und einem breiten Kulturangebot. Nicht mehr nur Metropolen wie Berlin, Hamburg oder München, sondern auch Städte wie Leipzig, Wolfsburg oder Karlsruhe erleben einen regen Bevölkerungszuwachs. Auch die vielen geflüchteten Menschen werden eine Wohnung brauchen und die Nachfrage nach bezahlbaren Wohnungen weiter verschärfen. Es kommen zudem immer mehr Menschen aus dem verarmten Osten Europas, die oft nicht den geforderten Ansprüchen

des Arbeitsmarktes genügen und auch von Sozialleistungen ausgeschlossen sind. Sie bleiben trotzdem in den Städten, werden obdachlos, leben in sogenannten wilden Camps oder auf Brachen unter elenden Bedingungen.

Diesem gesamten Zuwachs steht nur ein völlig unzureichender Wohnungsneubau gegenüber. Gerade an bezahlbaren sozial geförderten Wohnungen besteht ein großer Mangel. Verschärft wird die Situation dadurch, dass mehr sozial geförderte Wohnungen aus der Sozialbindung fallen, als neue gebaut werden. Sozial geförderter Wohnungsbau wird auch heute noch mehrheitlich für einen Zeitraum von 20 bis 25 Jahren subventioniert, danach können die Wohnungen dann zum Marktpreis vermietet werden. Auch

die alten Werkwohnungen wurden in der Vergangenheit zu Geld gemacht und gehören heute kapitalmarktorientierten Unternehmen wie Deutsche Wohnen oder Vonovia. Diese ganze Misere wollen wir in diesem Schwerpunkt reflektieren und die Diskussion über einen neuen Sozialen Wohnungsbau befördern. Einen Vorschlag hat dazu die Berliner Mietergemeinschaft mit ihrer Initiative für einen neuen kommunalen Wohnungsbau vor wenigen Jahren gemacht.

Dass es darum geht, auch den Anfängen zu trotzen, wird mit dem Beitrag »Living in a box: Der Trend zu Kleinstwohnungen« deutlich. So wird wieder verstärkt diskutiert, durch das Herunterschrauben von Standards preiswerter zu bauen und die neue Wohnungs-

not dazu benutzt, Wohnungen mit kleinstem Zuschnitt zu planen – mit dem Argument, die Menschen würden ja schon heute mit weniger Quadratmetern auskommen. Passend dazu beleuchten wir in einem Interview die neue Form der »inneren Verdrängung«. Denn immer mehr Menschen teilen sich eine Wohnung, oft bleiben Paare in einer kleinen Wohnung, obwohl das erste und das zweite Kind dazukommen. Der Platz muss trotzdem für alle reichen, weil bezahlbare Wohnungen in den Kiezen und anderswo schlicht nicht existieren. Auch das Jobcenter ist ein reger Akteur in dieser neuen Konstellation. Einige Personengruppen treffen auf besondere Schwierigkeiten, wie der Beitrag »Wohnen für psychische Kranke« verdeutlicht. Der Beitrag zum

»informellen Wohnen« zeigt auf, dass in vielen Fällen nicht mehr von Wohnungen, sondern schon von Elendsbehausungen gesprochen werden muss. Dem gegenüber stehen die neuen oder alten Tempel der Macht in der neuen Mitte Berlins. Genau diese Mächtigen sind es, die weiterhin einem Interesse an steigenden Bodenpreisen und Mieten folgen und ihren unstillbaren Hunger nach Profit befriedigen. Die Wohnungsnot sorgt dafür, dass die Vermieter heute immer einfacher ihre Mieter aussuchen können. Das verstärkt die rassistische Ablehnung bei Vermietern – Menschen ohne einen deutsch klingenden Namen haben es zunehmend schwer, eine Wohnung zu bekommen, wie der Beitrag über die spanischsprachigen MigrantInnen zeigt.

**AKTIV GEGEN DIE POLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION**

## Schaut hin, Europa ist verantwortlich für diese Toten

Am 13. November 2017 verabredeten in Bern die Vertreter\*innen von 13 europäischen und nordafrikanischen Ländern eine Verschärfung der Flüchtlingsabwehr. Am gleichen Tag veröffentlichte Bruno Watara eine Pressemitteilung. Er kam selbst vor vielen Jahren als Flüchtling nach Deutschland, und setzt sich für die Rechte von Migrant\*innen und geflüchteten Menschen ein.

ELISABETH VOSS, BERLIN

Nun veröffentlichte Bruno Watara ein Video, das er über soziale Netzwerke aus Westafrika bekommen hat. Ein Flüchtling hat es mit seinem Handy an der libyschen Küste aufgenommen. Es zeigt, was alle wissen, aber niemand

sehen will: Tote Menschen, die an den Strand gespült werden, ertrunken beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Allein in diesem Jahr sind im Mittelmeer bereits 3.000 Menschen auf der Flucht ertrunken.

Bruno Watara: »Es ist schrecklich, solche Bilder zu sehen. Bitte schauen Sie trotzdem nicht weg. Denken Sie daran, wieviel schrecklicher es ist, zu ertrinken. Oder zu wissen, dass geliebte Menschen, Eltern, Geschwister, oder die eigenen Kinder ertrunken sind. Schauen Sie hin. Europa ist verantwortlich für diese Toten. Europa ist verantwortlich dafür, dass Menschen aus Afrika fliehen müssen: Die Hauptursachen der Migration sind Wirtschafts- und Handelsabkommen und die Kredite, die Europa

für die sogenannte Entwicklung Afrikas gibt. Mit diesen Krediten werden die afrikanischen Länder in die Schuldenfalle getrieben. Die Freihandelsabkommen zerstören die afrikanische Ökonomie vollends.«

**»... dass wir uns Afrika ein bisschen aufteilen«**

Bereits auf der CDU/CSU-Tagung »Africa meets Business« im März 2017 in Berlin sagte Bundeskanzlerin Merkel über die EU, »wir« müssten »schauen, dass wir uns Afrika ein bisschen aufteilen«. Als Beispiel nannte sie die »Migrationspartnerschaft« mit Mali und Niger, in der Deutschland mit Frankreich und Italien zusammenarbeitet. Gegen

Entgelt nehmen afrikanische Staaten geflüchtete Menschen »zurück« – egal woher diese ursprünglich kommen. Solche Abschiebungen und Rückübernahmeabkommen können auch als Menschenhandel bezeichnet werden.

Das Gipfeltreffen »Afrikanische Union – Europäische Union« Ende November in Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) wird das Afrikajahr der deutschen G20-Präsidentschaft beenden. Es wird wieder um Sicherheit, Wachstum und Arbeitsplätze gehen. Mit wohlklingenden Vertragswerken wird die neokoloniale Ausplünderung Afrikas verschärft. Unternehmen des globalen Nordens nehmen sich Land und Ressourcen, und exportieren Billigprodukte, mit denen sie lokale Märkte in Afrika zerstören.

Mit weiteren Grenzsicherungsmaßnahmen wird die Festung Europa noch weiter ausgebaut.

Unter dem Motto »Wir haben Agrarindustrie satt« werden am 20. Januar 2018 – wie jedes Jahr – Landwirt\*innen mit ihren Treckern gemeinsam mit Aktivist\*innen in Berlin für Ernährungssouveränität und globale Gerechtigkeit auf die Straße gehen. Es gilt, die Fluchtursachen zu bekämpfen, nicht die flüchtenden Menschen.

Link zum Video: <http://wirsindwuetend.blogspot.eu/2017/11/06/europas-verantwortung>  
Mehr über Bruno Watara: [www.bewegungsstiftung.de/watara.html](http://www.bewegungsstiftung.de/watara.html)  
Demo am 20.01.2018 in Berlin: <https://www.wir-haben-es-satt.de/>

# INHALTSANGABE

<b>NACHRICHTEN</b> KOOPERATIVEN-TEE CARE-KONFERENZ MELDUNGEN	<b>SEITE 3</b>	<b>SCHWERPUNKT</b> MIETSITUATION IN BERLIN	<b>SEITE 9</b>
<b>PROJEKTE</b> SHAREHAUS BERLIN AG BERATUNG	<b>SEITE 4</b>	<b>KLEINSTWOHNUNGEN</b>	<b>SEITE 10</b>
<b>PROJEKTE</b> LEBENSMITTEL RETTEN ITALIENISCHE KOOPERATIVE	<b>SEITE 5</b>	<b>WOHNEN »PSYCHISCH KRANKER« INFORMELLES WOHNEN</b>	<b>SEITE 11</b>
<b>GENOSSENSCHAFTEN</b> AGRARKULTUR	<b>SEITE 6</b>	<b>LOBBYDSCHUNDEL GASTRECHT?</b>	<b>SEITE 12</b>
<b>GENOSSENSCHAFTEN</b> GENOSSENSCHAFTSSTUDIE	<b>SEITE 7</b>	<b>BIOTONNE</b> FORUM ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT HAMBACHER FORST	<b>SEITE 13</b>
<b>ÜBER DEN TELLERRAND</b> FRIEDENSAKTIVIST*INNEN REPRESSIONS-UND RECHTSFÄLLE	<b>SEITE 8</b>	<b>KUNST&amp;KULTUR</b> FILMBESPRECHUNGEN: MACHINES BACKSTABBING FOR BEGINNERS	<b>SEITE 14</b>
		<b>REZENSIONEN</b> HANDBUCH FÜR BAUGRUPPEN DESIGN THINKING: SEIN ODER SCHEIN? MIT KNOFO IST KEIN STAAT ZU MACHEN WENN MENSCHEN IHRE ANGST VERLIEREN 30 JAHRE »POLITISCHE ÖKOLOGIE«	<b>SEITE 15</b>
		<b>TERMINE</b> KLEINANZEIGEN, LESER*INNENBRIEF, IMPRESSUM	<b>SEITE 16</b>

**Contraste** ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer 5 Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter: [www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm](http://www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm)

## contraste abonnieren!

**Schnupperabo** (läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig): 3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

**Standard-Abo** (Print oder PDF) **45 Euro** jährlich

**Kombi-Abo** (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich,

**Kollektiv-Abo** (5 Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

**Fördermitgliedschaft** jährlich mindestens **70 Euro**

**Fördermitgliedschaft** jährlich für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mindestens **160 Euro**

Eine **Fördermitgliedschaft** bedeutet, Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

**Vereins-Satzung** unter: [www.contraste.org/fileadmin/user\\_upload/Contraste-Satzung.pdf](http://www.contraste.org/fileadmin/user_upload/Contraste-Satzung.pdf)

**online-Formulare:** [www.contraste.org/index.php?id=99](http://www.contraste.org/index.php?id=99)

Rückfragen bitte an: [abos@contraste.org](mailto:abos@contraste.org)

### AKTION 2018

## Hallo, wir schon wieder!

Liebe Leser\*innen,

kämpft, feiert und lacht. Mein Wunsch an euch fürs neue Jahr. Kämpft für eine bessere Gesellschaft. Feiert die kleinen und großen Siege oder den Start eures neuen Projekts oder ein Jubiläum. Und lacht, warum auch nicht, einfach Mal zusammen. Der politische und wirtschaftspolitische Wind weht rau. Die AfD sitzt in den Parlamenten und der neoliberale Kurs, der vor allem Banken und nicht Menschen rettet, wird fortgesetzt. Die Grenzen Europas werden immer undurchlässiger. Die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen in Europa zeigen sich am deutlichsten in Griechenland, auch wenn in allen Ländern viele Menschen davon betroffen sind. Im neuen Jahr, in der Janu-

arausgabe fangen wir gleich mit einem Schwerpunkt zur Situation in Griechenland und einigen Projekten der Solidarität an: Auch sie kämpfen, feiern trotz allem und lachen zusammen, obwohl es für sie nichts zu lachen gibt.

Es geht also gleich weiter, nicht nur mit den Inhalten, sondern auch mit der »Aktion 2018«: Hallo, wir schon wieder! Auch 2018 geht es darum, dass Contraste finanziell stabil bleibt, um von euren und unseren Kämpfen und Feiern berichten zu können. In diesem Jahr benötigen wir 6.000 Euro Spenden, damit sich Einnahmen und Ausgaben die Waage halten. Auch über [betterplace.org/p56276](http://betterplace.org/p56276) könnt ihr mit eurer Spende eine Contraste-Seite oder auch mehrere finanzieren.

### BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL



Zeichnung: Eva Sempere

## Mit zweierlei Maß

ELISABETH MEYER-RENSCHHAUSEN, BERLIN

Die Haltung der Europäischen Union (EU) in der Katalonienfrage unterstützt den weltweiten Trend zu autoritären und diktatorischen Regimes. Als vor einigen Jahren Schottland von England weg wollte, sprach keiner darüber, dass Schottland dann aus der EU ausscheiden müsse. Als Anfang der 1990er Jahre Kroatien und Slowenien die ausbeuterischen Machenschaften der Militärs in Belgrad nicht länger hinnehmen wollten, fanden alle in der EU, der deutsche Herr Außenminister Genscher voran, das sehr verständlich und unterstützenswert.

Heute gebärdet Madrid sich in bester Nachfolge zur Franco-Diktatur, indem es ein bereits laufendes Wahlverfahren mit Gewalt zu unterbinden sucht. Und eben in dem Moment fällt der Europäischen Kommission in Brüssel ein, dass Katalonien mit seiner Unabhängigkeit dann automatisch seine EU-Mitgliedschaft verlöre! Es sei nicht möglich, so die überraschende Aussage, dass in Europa eine Region erklärt, mehr Freiheiten haben zu wollen und abgetrennt vom bisherigen Mutterland Mitglied in der Europäischen Union bleiben kann. Auch wenn dieser Fall bisher in Europa noch nicht vorgekommen ist, ist die Argumentation scheinheilig. Entscheidend ist hier der Moment, zu dem den Herren in Brüssel einfiel, dass ein unabhängiges Katalonien kein EU-Mitglied sein könne. Die EU sanktionierte damit defacto den Polizei-Einsatz von Madrid gegen die Wahlen. Die Folge war, dass prompt über 100 Banken und Firmensitze Katalonien verließen.

EU-Chef Jean-Claude Juncker möchte nicht 95 Regionen regieren, ließ er jetzt von sich hören. Jener Herr Juncker, der als Finanzminister Luxemburgs Mitte der 1990er private Forschungen über die Chancen von Kleinststaaten in Auftrag gab; der Luxemburg als Steueroase durch Zeiten schiffte, da die Finanzpolitik zunehmend auf Kosten von

Kleinststaaten und Regionen ging; der vor Jahren ein Europa der Regionen proklamierte, als viele Linksregierungen in Europas Hauptstädten, die neoliberale Politik der EU-Kommission zu hinterfragen wagten.

Journalisten oder Deutschlandfunk-Moderatoren, die in den Tagen nach dem 28. Oktober davon sprachen, dass nur 43 Prozent der Katalanen für die Unabhängigkeit votierten, kehren unter den Tisch, dass die überraschenden massiven Polizeieinsätze vermutlich viele vom Wahlgang abgehalten haben. Sonst progressive, der Sozialdemokratie nahestehende Zeitungen wie die Süddeutsche Zeitung wissen plötzlich, dass die Katalanen als die Reichsten in Spanien egoistisch sind und deshalb Spanien nicht verlassen dürften. Dass jedoch die Katalanen (ähnlich wie etwa die AfD-Wähler von Sachsen) vor allem den neoliberalen Zentralismus Madrids, Berlins und Brüssels abwählen möchten, will man nicht wahrhaben. Der Turbokapitalismus hat gerade in Spanien Tausende von Menschen um ihre Häuser, Wohnungen, ihr Ersparnis und ihre Arbeitsplätze gebracht. Überall stehen hässliche Investitionsruinen.

Brüssel hat sich bisher noch niemals dafür eingesetzt, dass Spanien endlich jene Verfassungsreformen vollzieht, die die vorläufige Verfassung nach Francos Tod ersetzen sollten. Es kooperiert vielmehr mit all den korrupten Regierungen von Rajoy bis Erdogan ohne sich ernsthaft für den Erhalt der Demokratie in Ungarn oder Polen einzusetzen oder Erdogan daran zu hindern, seine Kritiker sogar bis nach Festland-Europa verfolgen zu lassen. Statt sich über den Egoismus der Katalanen aufzuregen, sollten wir uns doch wohl besser über die Unfähigkeit der EU, zu einer echten Demokratie zu werden, aufregen. Wo bleibt die Macht des EU-Parlaments, Glyphosat, das keiner will, abzuwählen?

## Neue Adresse oder Bankverbindung?

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die Contraste trotz Nachsendeauftrag nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags. Wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die Zustellerin entsorgt diese Monat für Monat, bis sich unsere Leser\*in mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen! Teilnehmer\*innen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto jeweils mit Gebühren in Höhe von mindestens 5,50 Euro.

**Änderungen bitte an: [abos@contraste.org](mailto:abos@contraste.org)**

## Wir danken den Spender\*innen

S.J.	15,00
R.K.	10,00
W.W.	50,00
L.C+M.L.	8,00
A.A.	300,00
B.B.	7,00
H.H.	55,00
T.I.	5,00
D.W.	15,00
R.G.	5,00

Ulrike Kumppe

Aus der Contraste-Redaktion wünscht einen guten Rutsch ins neue Jahr

Spendenticker Aktion 2018: Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **5.530 Euro**

Spenden für CONTRASTE

CONTRASTE E.V.

IBAN DE0250890000051512405

BIC GENODEF1VBD

## VERTRIEB VON FRANZÖSISCHEM KOOPERATIVEN TEE NACH DEUTSCHLAND

## It's Teatime

Die »Union Coop // Fédération« (Union Coop) ruft zum Teekauf der französischen Arbeiter\*innenkooperative »SCOP-TI« auf. Mit Hilfe eines Webshops und koordinierten Großbestellungen wollen sie die Marken 1336 und Bio SCOP-TI anbieten, um die von den Arbeiter\*innen übernommene und selbstverwaltete Teefabrik zu unterstützen. SCOP-TI kann seine neuen Marken nicht schnell genug etablieren.

ULRIKE KUMPE, BERLIN

Mit einem Aufruf richtete sich die Berliner Union Coop zunächst an Wiederverkäufer\*innen und Großabnehmende, um eine Bestellung in ausreichend großer Menge zusammen zu bekommen. Diese erste Bestellung konnte Union Coop erfolgreich umsetzen: »Es gab ausreichend Bestellungen um einen soliden Start mit ein paar Paletten zu haben«, berichtet Vinz von Union Coop und fügt hinzu: »Wir wollten durch einen Sockel an Vorbestellungen sicherstellen, dass es eine engagierte Zahl von Gruppen und Läden gibt, die das mit anschieben. Den Rest haben wir auf Vorrat bestellt und werden das in Zukunft selbst vorfinanzieren.« Auch den Einzelverkauf haben sie über ihren Webshop begonnen. Die Union Coop // Fédération ist ein engagierter Zusammenschluss einzelner Kollektivbetriebe in Berlin mit gewerkschaftlicher Organisation in der Freien Arbeiter\*innen Union (FAU).

Zusammen mit vio.me und anderen Betrieben hatten sie im Oktober 2016 bei einem Treffen in Thessaloniki über das Problem der Marktetablierung ihrer jungen Marken beraten. Auch SCOP-TI hat dieses Problem. Sie haben bei ihrem langen Kampf gegen Unilever fast alles gewonnen, nur die Übernahme der etablierten Marke L'éléphant nicht. Auch darum hatten sie gekämpft. Eine neue Marke zu etablieren, ist aufwendig und teuer. Doch an diesem Punkt bekam Unilever Recht und SCOP-TI musste eine eigene Produktionslinie entwickeln. Diese ist neben 1336 nun ganz schlicht SCOP-TI wie der Name der Kooperative: Société Coopérative Ouvrière Provençale de Thés et Infusions. Neben dem Etablieren der Marke hat SCOP-TI außerdem das Problem, dass sie etwas über dem durchschnittlichen Teepreis der etablier-



▲ Arbeiter der Kooperative SCOP-TI an seinem Arbeitsplatz in der Fabrik. Hier bestimmt kein Konzern mehr, wo es lang geht.

Foto: Scop ti

ten Marken großer Konzerne liegen. Die Gründe für ihre höheren Preise liegen auf der Hand: gute Arbeitsbedingungen, eine möglichst regionale Produktion und einen fairen Preis für die Produzenten ihrer Rohstoffe.

## Von fralib zu SCOP-TI

1336 heißt eine Produktlinie bei SCOP-TI. Benannt ist sie nach den 1.336 Tagen des Streiks, der Besetzung des Werks und den juristischen Auseinandersetzungen mit dem Konzern Unilever. 58 der ursprünglich 182 Angestellten des Werks, das damals noch fralib hieß, hielten durch und erkämpften sich in diesen vier Jahren die Fabrik. Die in der Nähe von Marseille gelegene Teefabrik in Génos ist deshalb heute selbstverwaltet. Am 30. Mai 2014 kam die gute Nachricht. Unilever gab die Fabrik endgültig auf und stimmte einem Übernahmeabkommen für das Werk zu. Neben den Abfindungen an die Arbeiter\*innen musste sich Unilever bereit erklären, 20 Millionen Euro für die Wiederaufnahme der Produktion und die Umwandlung in eine Arbeiterkooperative (SCOP) bereitzustellen. Die Zustimmung von Unilever zum Übernahmeabkommen war der Hartnäckigkeit der Arbeiter\*innen geschuldet, die zusammen mit der französischen Gewerkschaft CGT immer wieder juristisch und politisch Druck machten. Alle von Unilever vorgelegten »Sozialpläne« wurden von den französischen Gerichten als unzulässig kassiert

und zwangen Unilever am Ende der Auseinandersetzungen wieder an den Verhandlungstisch. Bereits 2010 sollte das Werk samt Maschinerie nach Polen verlegt werden. Da bereits der erste »Sozialplan« vom Gericht für ungültig erklärt wurde, zog sich die Schließung des Werks. 2011 folgten dann die Kündigungen und die Arbeiter\*innen besetzten die Fabrik. Zu einer erneuten Besetzung kam es 2012, als der Betriebsrat erfuhr, dass die Maschinen abtransportiert werden sollten. Danach ließen die Arbeiter\*innen die Fabrik nicht mehr aus den Augen. Und wurden am Ende dafür belohnt, mit einem Betrieb in Selbstverwaltung.

## Es fehlen die Vertriebswege

Auf dem 2. Euromed Workers Meeting in Thessaloniki im Herbst 2016 (Contraste Nr. 387) kamen selbstverwaltete Betriebe zusammen und diskutierten die drängende Frage nach Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte. Es wurde die Frage nach einem gemeinsamen europäischen Vertriebsnetz sowie eines gegenseitigen Hilfsfonds aufgegriffen und intensiv besprochen. Dabei wurde deutlich, dass es europaweit an wirtschaftlich stabilen, linken Vertriebswegen mangelt. Daran anknüpfend wurde die Frage diskutiert, wie bestehende Kapazitäten wirtschaftlich sinnvoll genutzt und gebündelt werden können, unabhängig von kurzlebigen Solidaritätsaktionen, die ebenso von haufenwei-

se unbezahlter Arbeit abhängen. So hat eine Fabrik vielleicht ausreichende Lager- und Logistikstrukturen, während andere Betriebe vielleicht über technisches KnowHow und Vertriebsstrukturen verfügen. Auch wurde kontrovers diskutiert, welche Art von Betrieben überhaupt über entsprechende Gemeinsamkeiten verfügen und bereit sind, sich zusammenzuschließen, reflektiert Vinz die Diskussionen vom Euromed. Auch in der Union Coop haben sie sich mit diesen Fragen beschäftigt:

»Seitdem haben wir die ursprüngliche Idee aufgegriffen und kurzerhand ein neues Kollektiv innerhalb der Union Coop gegründet, um diesen Vertrieb für Deutschland mit zu organisieren«, sagt Vinz. Ihr Schwerpunkt soll dabei auf einigen Produkten ähnlich gesinnter Betriebe liegen: besetzten/angeeigneten Betrieben und gewerkschaftsnahen Kooperativen, die sich den Prinzipien von Solidarität und Selbstverwaltung verpflichtet haben.

Tee-Bestellungen unter:  
[www.union-coop.org/shop](http://www.union-coop.org/shop)

Infos unter:  
[www.union-coop.org](http://www.union-coop.org)  
[www.scop-ti.com](http://www.scop-ti.com)

Sehenswertes: Pot de thé - Pot de Fer (70minütiger Film auf [labournet.tv](http://labournet.tv), franz. mit dt. UT, 2011)  
1336 Tage. Höhen, Tiefen, aber immer aufrecht (73minütiger Film auf [labournet.tv](http://labournet.tv), franz. mit dt. UT, 2015)

## KONFERENZ ZU SORGE-ARBEIT UND WIRTSCHAFT OHNE WACHSTUM

## Gesundheit umfassend verstehen

Leipzig - Am Ende war ein Lied. Um ihrer Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen in der Pflege Ausdruck zu verleihen, haben Teilnehmende der Konferenz »Für den Wandel sorgen« am Sonntag den 19. November eine umgedichtete Version des Popsongs »Umbrella« von Rihanna aufgeführt. Mit der Aktion ging die dreitägige Veranstaltung zu Ende, an der 200 Menschen aus ganz Deutschland teilgenommen hatten, darunter 21 Kinder.

ANDREA VETTER UND CHRISTOPHER LAUMANN, LEIPZIG

Begonnen hatte die Veranstaltung ebenfalls künstlerisch: Das Theaterstück »supramater« des Theaterkollektivs »wilde pferde« beschäftigte sich satirisch mit den widersprüchlichen gesellschaftlichen Ansprü-

chen an Mütter. Ein Schwerpunkt der Konferenz lag auf der Frage, wie Sorge-Arbeit gerecht verteilt und angemessen ausgeführt werden kann. Dafür ist ein umfassender gesellschaftlicher Wandel notwendig, hin zu einer Wirtschaft, die nicht an Wirtschaftswachstum und Profit orientiert ist, sondern an den Bedürfnissen aller Menschen. Austausch und Vernetzung zwischen Menschen, die in verschiedenen Sorge-Bereichen tätig sind, stand im Mittelpunkt der Veranstaltung: dabei kamen migrantische Hausarbeiterinnen ebenso zu Wort wie Eltern, Sexarbeiterinnen, Menschen mit Behinderung oder Pflegekräfte. Alternativen zu den bestehenden Strukturen waren Gegenstand vieler Diskussionen.

Ein Beispiel für eine solche Alternative ist die Initiative »Stadtteil-

gesundheitszentrum Leipzig«: »Wir wollen in Leipzig ein Zentrum schaffen, in dem Gesundheit umfassend verstanden wird. Einen Ort, wo Menschen medizinische Untersuchungen bekommen können, aber wo es beispielsweise auch eine Anwältin gibt, um sich gegen Unrecht am Arbeitsplatz zu wehren. Denn die meisten Menschen werden krank, weil sie von ungerechten Verhältnissen gestresst sind. Deshalb wollen wir Räume zur gemeinsamen Selbsthilfe schaffen,« so Laura Bein von der Initiative.

Lucas Ziemer, für die »Kritischen Mediziner\*innen« aus Bonn angereist, sieht die Konferenz selbst als Vorbild für gute Sorge-Arbeit: »Es war schön zu sehen, dass bei dieser Konferenz Inhalt und Form zusammenpassten: Es ging ja darum, sich

mit Sorge-Arbeit kritisch auseinanderzusetzen und über Alternativen nachzudenken. Die konnte man hier schon sehen: Es gab eine Kinderbetreuung mit eigenem Programm und vielen Betreuungspersonen; Verpflegung und Teilnahmebeitrag waren auf Spendenbasis – damit alle Menschen teilnehmen konnten – und für das leibliche Wohl sorgte ARKitchen, eine selbstorganisierte Gruppe von geflüchteten Menschen.«

Für den Wandel sorgen« fand in der Nachbarschaftsschule Leipzig-Lindenau statt und wurde vom »Konzeptwerk Neue Ökonomie« sowie der Leipziger Regionalgruppe des »Netzwerk Care Revolution« organisiert. Die Regionalgruppe ist offen für neue Mitglieder, sie trifft sich jeden dritten Mittwoch im Monat um 17 Uhr in der Georg-Schwarz-Straße 19.

## MELDUNGEN

»Sozial. Geschichte Online«  
jetzt auch gedruckt

Die linke Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts ist jetzt erstmals auch als Printausgabe erhältlich. Darin Artikel u.a. zur Rolle Wilhelm Reichs in der österreichischen Linken, zur Debatte um Eribons Rückkehr nach Reims, zur Politik der ersten Person am Beispiel der Bewegung 15-M in Spanien.

Alle Beiträge seit 2009 sind weiterhin kostenfrei zugänglich unter: [www.sozialgeschichte-online.org](http://www.sozialgeschichte-online.org). Heftbestellungen zum Preis von 10,00 EUR bitte an: [service@janus-projekte.de](mailto:service@janus-projekte.de).

## Kein Geld für ein Jugendzentrum

Die hannoversche CDU will dem Unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße die Förderung entziehen lassen. Das UJZ Korn hätte in einem Artikel Anfang September der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung gegenüber gesagt, dass sie keine Fördermittel bräuchten, was die CDU veranlasste, einen Antrag zur sofortigen Streichung der Fördermittel zu stellen. Derartige Angriffe auf linke Zentren sind nicht neu. Schon im Juli versuchte die CDU gegen Rote Hilfe e.V. und Kornstraße in Hannover Stimmung zu machen. Bislang hat es der Kornstraße vor allem Solidarität eingebracht.

Infos: [www.ujz-korn.de/](http://www.ujz-korn.de/)

[rotehilfehannover.systemausfall.org](mailto:rotehilfehannover.systemausfall.org)

## ANZEIGEN

**Der Kaffee für den täglichen Aufstand!**

Zapatistischer Kaffee & Espresso

Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Genossen in Chiapas - Mexiko

**Café Libertad Kollektiv eG**

Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg  
Telefon: 040-30904892 \* Fax: -92  
[www.cafe-libertad.de](http://www.cafe-libertad.de) \* [cafe-libertad@gmx.de](mailto:cafe-libertad@gmx.de)

**GRÜNE LIGA** Netzwerk Ökologischer Bewegungen

**DER RABE RALF**

Die Berliner Umweltzeitung

Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene  
Tipps, Termine & Adressen

Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio-, Natur- und Umweltläden oder für jährlich 25 € per Abo ins Haus.  
Kostenlose Probenummer:  
**DER RABE RALF**  
Prenzlauer Allee 8  
10405 Berlin

**Genossenschaft gründen?**

[www.genossenschaftsgruendung.de](http://www.genossenschaftsgruendung.de)  
Telefon 040 - 23 51 97 90

Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

BERLIN: SHAREHAUS LENAUSTRASSE

## Durch Teilen gewinnen

Mit dem Label ›Sharing Economy‹ versuchen heute Internet-Weltkonzerne, wie Airbnb oder Uber, ihrem Geschäftsmodell einen sozialen Anstrich zu verpassen und bekommen dafür eine nicht nur wohlwollende, aber doch immense mediale Aufmerksamkeit. Für Kritiker, wie den Soziologen Harald Welzer, führen sie jedoch das seit Urzeiten praktizierte Teilen zwischen Menschen ad absurdum, da das Teilen von privaten Wohnungen oder Autos über die Plattformen der Internetgiganten nur gegen Bezahlung erfolgt.

DAVID DICKE, BERLIN

Wie das Refugio in Berlin-Neukölln den Begriff ›Sharing Economy‹ wieder mit der sozialen Tradition des Teilens versöhnen kann und dabei gleichzeitig noch so wichtige Themen, wie Verständigung zwischen den Kulturen und zwischen den Religionen, Bildung und Integration vereint, hat uns der Leiter des Projekts Harutyun Harutyunyan erklärt.

Das prachtvolle alte Haus in der Lenaustraße, unweit des Hermannplatzes, hat schon verschiedenen sozialen Anliegen eine Heimat gegeben. Die Berliner Stadtmission betrieb hier noch bis vor einigen Jahren ein Seniorenheim und hatte dort auch bis zum Umzug in die Nähe des Hauptbahnhofs ihre Zentrale. Als nach und nach Räumlichkeiten frei wurden, begann sich die Idee der gemeinschaftlichen Nutzung und der gegenseitigen Bereicherung durch sozialen Austausch durchzusetzen. Zunächst arbeiteten in Nachbarschaft zu den verbliebenen Senioren Künstler in Atelierräumen, bald wohnten sie auch mit Studenten zusammen und bildeten so einen Mikrokosmos gesellschaftlicher Diversität, der auf gegenseitiger Unterstützung, Hilfe und Austausch basierte. Nachdem dann das Seniorenheim geschlossen wurde, konnte Anfang des Jahres 2015 niemand die bevorstehende Migrationsbewegung erahnen und dennoch beschloss die Stadtmission die Koope-



▲ Das Refugio in Berlin-Neukölln setzt Teilen in seiner sozialen Tradition um.

Foto: ImWandel

ration mit Elke Naters und Sven Lager auszuweiten und ihr Sharehaus Projekt zu neuer Größe zu führen.

Elke Naters und Sven Lager hatten ein Jahr zuvor schon das Sharehaus Kreuzberg zusammen mit der Stadtmission Berlin eröffnet. Die Idee hatten sie aus Südafrika mitgebracht, wo sie 9 Jahre lebten und 2012 das erste Sharehaus in Hermanus, unweit von Kapstadt, eröffneten. Ihr Anliegen war damals, wie heute, Begegnungen unterschiedlicher Menschen in einem Haus zu ermöglichen und jeden innerhalb dieser vier Wände so zu seiner persönlichen Entfaltung kommen zu lassen, dass auch die anderen Menschen im Haus von den Talenten und Fähigkeiten eines jeden profitieren. Nach ihrem Menschenbild funktioniert eine Gemeinschaft dann besonders gut, wenn ein jeder das, was er oder sie besonders gut kann, mit den anderen teilt. Ein Sprachgenie kann anderen beim Erlernen fremder und schwieriger Grammatik helfen, ein geborener Sänger kann die Gemeinschaft akustisch erfreuen, während das Kochtalent für die Gaumenfreuden sorgt. Dieses Idealbild über alle Hürden der Realität

zu tragen, war die Mission von Elke Naters und Sven Lager beim Aufbau des Sharehaus Refugio von 2015 bis 2016 und ist sie seitdem bei anderen Projekten mit ihrem Sharehaus Verein innerhalb und außerhalb Berlins.

Der geschichtliche Zufall der Migrationsbewegung des Sommers 2015 brachte dem Refugio unverhoffte Aufmerksamkeit, Bekanntheit und Beliebtheit. Mit dem Ziel, das Haus zu einer Hälfte an Newcomer und zur anderen an Einheimische zu vermieten und somit den Austausch zu fördern, aber zum Ausgleich für die günstigen Mieten auch Engagement zu fordern, hat sich das Refugio vor allem in Kreisen von Newcomern, aber auch im Kiez schnell einen Namen gemacht. Die Liste der Bewerber ist lang und jede Woche kommen neue Motivations schreiben an, in denen Wohnungsinteressierte darlegen sollen, warum sie Teil des Sharehaus sein wollen, was sie einbringen werden, womit sie gern ihre Freizeit verbringen und was ihre persönlichen Ziele sind. Um möglichst vielen Menschen die Partizipation am Projekt und die Bereicherung des Austausches zu ermöglichen, ist die Mietdauer auf 18 Monate begrenzt.

Erfahrungsgemäß reicht dieser Zeitraum Newcomern, um das Wichtigste für ein Leben in Deutschland zu lernen, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden und anzukommen.

Neben den 40 Bewohnern (inkl. 4 Babies) beherbergt das Refugio aber auch noch soziale Projekte, wie Querstadtein, Give Something Back To Berlin und Rückenwind e.V., und Ateliers für Künstler unterschiedlichster lokaler und stilistischer Herkunft. Im Erdgeschoss tragen der renovierte Veranstaltungssaal und das Café zur finanziellen Tragfähigkeit und Unabhängigkeit des Hauses bei. Diese ist ein Jahr nach Anmeldung des Cafés als Gewerbe mit der einhergehenden Umstrukturierung und den bürokratischen Umständen noch nicht ganz erreicht, doch dank der professionellen Arbeit von zwei Eventmanagerinnen findet im großen Saal fast täglich eine gut besuchte Veranstaltung statt, und auch das Café erfreut sich zunehmender Beliebtheit im Kiez.

Wenn ein ehemaliger Bewohner des Refugios unverhofft noch einmal vorbeischaute und mit strahlenden Augen und gefestigtem Deutsch berichtet, was aus ihm geworden

ist oder eine stolze Mutter ihr Kind vorstellt, fühlt Harutyun Harutyunyan, dass das Refugio zurecht als Vorzeige-Integrationsprojekt der Stadtmission gilt und hofft, dass andere Bewohner noch zu mehr Engagement und andere Mitbürger noch zu mehr Sharehaus-Gründungen angeregt werden, sodass mehr und mehr Menschen erfahren können, was es einem gibt, zu teilen.

### Der Wandel hat schon begonnen... willst du ihn entdecken?

In der Region Berlin-Brandenburg passiert schon viel mehr als du denkst. Projekte, Betriebe, Initiativen treiben den Wandel in Richtung einer solidarischen, ökologischen Gesellschaft täglich voran - wir berichten auf unserer Webseite und nun auch in Contraste regelmäßig hier auf Seite 4 über diese positiven Beispiele.

<http://www.imwandel.net/>

### KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

## Da muss ich erst im Plenum fragen.....

AGG  
Beratung

...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW - der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsallday.

[www.agberatung-berlin.org](http://www.agberatung-berlin.org)

lautet oft die erste Antwort von Einzelnen aus einer Projektgruppe, eines Hauses oder eines Kollektivbetriebes, wenn eine neue Idee, die Bitte um solidarische Unterstützung oder ähnliche Anliegen an sie herangetragen werden. Was auch sonst, denn wir handeln, diskutieren und beschließen alles und alle gemeinsam! Das ist Naturgesetz in Gemeinschaften und macht gerade den Unterschied zu den gesellschaftlichen Hierarchieketten in ›normalen‹ Organisationen, Betrieben oder bei Hauseigentum ringsherum aus. Zusammen und nicht alleine, denn dadurch sind wir stark!

Das Plenum, die Vollversammlung, das Gruppentreffen, der Hausrat oder welche Überschriften den Zusammenkünften auch immer gegeben werden: es sind die Orte der ultimativen Legitimation und der kollektiven Weisheit letzter Schluss. Zumindest sollen oder wollen sie es ein.

Wir als externe Berater\*innen kommen oft zu abweichenden Einsichten, gerade wenn wir manifeste Problemlagen in Projekten ergründen. Die Vielseitigkeit, Unterschiedlichkeit und Eigenwilligkeit von uns Individuen wird sehr häufig zu einem konsensualen,

quasi homogenen Kollektiv-Eintopf verrührt. Doch leider oftmals zu Lasten einer gut gewürzten und spannenden Geschmacks Mischung. Viele Themen und Vorschläge, die individuell eingebracht oder übermittelt werden, teilen wiederholt ein kurzes Schicksal, das jedoch dauerhaft Spuren hinterlässt. Sie schaffen es manchmal gar nicht erst auf die Tagesordnung, weil der morgige Tag, der Arbeitseinsatz nächste Woche oder eine drängende Antragsfrist unbedingt sofort geklärt werden müssen. Andererseits murren ein Teil der Gruppe: ›das hatten wir doch schon, nicht schon wieder. Notfalls wiederholt sich auch nur der Vortrag längst bekannter, unvereinbar gegensätzlicher Positionen und Argumente, bis die Debatte abrupt endet: ›so-kommen-wir-doch-nicht-weiter!‹...auch weil dann die Plenumszeit meistens abgelaufen ist.

Die für uns erkennbaren Spuren beziehungsweise individuellen Folgen, sind eine Mischung aus Resignation, Vorsichtigkeit, innere Immigration der Gedanken, Wiederholung eingeübter Gruppenrituale, gezähmter Sprachkodex und andere Normierungen. Und das alles fördert nicht die Zivilcourage,

die Hartnäckigkeit, die Wehrhaftigkeit, nicht die Emanzipation und nicht die Eigenständigkeit jeder/s einzelnen Kollektivist\*in. Obwohl wir uns genau diese Ziele mit großer Schrift ins Stammbuch geschrieben haben. Natürlich nicht mit Absicht und völlig ungewollt, doch oft läuft dieser wirksame, parallele Lehrplan unerkannt hinter unserem Rücken ab. Themen werden nicht (mehr) eingebracht, weil es erfahrungsgemäß zwecklos ist: ›Damit brauche ich meinem Kollektiv gar nicht erst zu kommen!‹. Viele Meinungen werden nur eingebracht, wenn vorher eine größere Konsenschance diagnostiziert wird. Oder nur dann, wenn ich mich robust genug fühle, den zu erwartenden Gegenwind auszuhalten. Oder nur, wenn es den Grundkonsens der Gruppe nicht gefährdet, wenn also keine ausufernde nach Generaldebatte kollektive Bugwellen drohen. Diese Reduzierung verhindert oft für die Projektentwicklung wichtige Debatten. Und, viel wichtiger, es übt vorausseilend konsensuales Denken und Handeln als Grundprinzip ein. Das steht nicht selten im Gegensatz zur individuellen Stärkung und zur Förderung eines wachsenden und erstrebenswerten

Selbstbewusstseins.

Was machen wir mit diesem Dilemma? Ein Dilemma zwischen der Gruppe und dem Ich, was immer wieder in vielen Varianten untersucht und dargestellt wurde und wird.

Konsensfähigkeit ist nicht der Nabel der Welt und nicht das höchste aller erreichbaren kollektiven Kulturgüter. Offener Widerspruch und deutliche Unvereinbarkeit erschüttern oder zerstören nicht gleich zwangsweise jeglichen gemeinsamen Handlungsrahmen. Solidarität im Alltag wird nur durch und mit unseren individuellen Widerspenstigkeiten wahrhaft und wirksam gestärkt, auch wenn dazu gelegentlich Stürme ausgehalten, der Weg und die Reisegruppe verändert oder gewechselt werden muss.

Starke Individualität und ein entwickeltes Selbstbewusstsein sind der Motor für gemeinschaftliche Prozesse und Fortschritt. Ringen wir uns den Mut ab und ermuntern uns immer wieder aufs neue die Frage zu stellen, die mal so treffend in einer Gruppe formuliert wurde: Kollektive Individualität oder individuelle Kollektivität - was macht uns auf Dauer wirklich stark?

Willi Schwarz

## INTERVIEW MIT EINER LEBENSMITTELRETTERIN

# Zahl was du möchtest



▲ Nicole Klaski rettet nicht marktkonforme Möhren

Foto: Jana Ludwig

Wer bei The Good Food in Köln Ehrenfeld einkauft, rettet Lebensmittel vor der Tonne: für den Supermarkt zu kleine oder zu große Kartoffeln, zu krumm gewachsene Gurken, zweibeinige Möhren, verschiedenste Produkte, deren Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten ist oder von denen zu viel hergestellt wurde. **Contraste sprach mit der Gründerin von The Good Food Nicole Klaski.**

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

**Hallo Nicole, was hat dich motiviert, Lebensmittelretterin zu werden?**

Mein Aufenthalt in Nepal, Bangladesch und Indien hat mir deutlich gemacht, dass Ressourcen, die wir hier im Überfluss genießen, den Menschen dort gar nicht zur Verfügung stehen - seien es Lebensmittel

oder Energie und Wasser. Seitdem ernähre ich mich völlig anders.

**Nämlich wie?**

Ich kaufe seit vier Jahren keine Lebensmittel mehr ein, sondern esse nur das, was anderswo aussortiert wird.

**Isst du vegetarisch oder vegan?**

Nein, ich esse alles. Fleisch würde ich selbst nie kaufen, aber wenn es irgendwo übrig bleibt, dann esse ich es. Und das gibt es dann auch schon mal in unserem Laden.

**Jetzt sehe ich gerade hier keine Fleischprodukte, dafür Kürbis in rauen Mengen...**

Ja, den durften wir beim Biobauern hier im Umland nachernten. Das

tun wir regelmäßig mit vielen ehrenamtlichen Helfer\*innen. Wir haben Kooperationen mit vielen Landwirten. Die freuen sich, wenn sie ihr Obst und Gemüse nicht wegwerfen müssen, nur weil es der Supermarkt nicht will.

**Rund dreißig seid ihr hier im Team – alle ehrenamtlich? Du auch?**

Ja, ich auch.

**Und wovon zahlst du deine Miete, Klamotten und so weiter?**

Ich habe noch einen kleinen Job in der Klimaschutz-Community.

**Der Laden hier auf der Hauptstraße eines angesagten Kölner Viertels wird doch wahrscheinlich reichlich Miete kosten?**

Nein, wir können uns glücklich schätzen, denn wir haben großartige Vermieter. Sie finden das Konzept von The Good Food toll. Sie sind selbst auf uns zugekommen und haben gefragt, ob wir uns vorstellen könnten, hier einzuziehen. Keine Frage - es ist die absolut perfekte Lage!

**Wer kommt denn bei euch kaufen? Ich sehe hier auf einer Tafel angeschrieben: »Zahl was du möchtest«.**

Manche könnten vom Einkommen her gesehen auch in den umliegenden Bioläden und Reformhäusern einkaufen. Sie sagen aber, dass sie etwas gegen die Lebensmittelverschwendung tun möchten - »deswegen kaufen wir lieber hier!« Es kommen aber auch Menschen, die es sich niemals leisten könnten, solche Produkte anderswo zu kaufen. Es ist uns sehr wichtig, jedem zu ermöglichen, das zu zahlen, was das Portemonnaie gerade hergibt. Es gibt etliche, die sagen am Ende des Monats, dass sie leider gar kein Geld mehr haben - sie kommen aber später und zahlen dann etwas mehr.

**Können sie auch mitarbeiten statt zu zahlen?**

Wir sind auf jeden Fall offen für Anfragen in dieser Richtung. Wir

können nicht allzu viele zur Nacherte schicken, wo sie sich auch selbst bedienen können - aber wir haben auch noch andere Aufgaben wie etwa eine Tour mit dem Lastenrad übernehmen, Ladendienst ...

**Gibt es eine bestimmte Altersgruppe, die zu euch kommt?**

Es sind viele junge Eltern, die ihren Kindern zeigen, wie Gemüse normalerweise wächst. Das sieht man ja im Supermarkt nicht - alles passgenau, gerade Formen, wie sie die ungezähmte Natur gar nicht hervorbringt. Es sind auch viele ältere Leute, die sich noch erinnern an die kleinen Tante-Emma-Läden damals, als sie jung waren, die auch noch auf die Felder gegangen sind, um sich Kartoffeln oder Zwiebeln zu holen, weil es nach dem Krieg nicht viel zu essen gab. Die verstehen, dass unsere Arbeit Sinn macht.

**Sie wundern sich vielleicht auch, was ihr hier für exotische Lebensmittel anbietet wie Kokosöl, Essig der Edel-Firma Govinda oder Dattelkonfekt? Und da sehe ich auch Craftbeer**

Ja, so können die Hersteller vielleicht sogar neue Kundenschichten gewinnen. Denn bei uns gibt es das nur so lange, bis die Palette leer ist. Wer dann auf den Geschmack gekommen ist, kauft diese Sachen dann vielleicht auch anderswo ein.

**Den trendigen Chiasamen gibt es auch, und das Kindergetränk »Fruchtiger«...**

Okay, wir retten halt alles. Wir haben aber auch die deutsche Variante von Chia, die Leinsamen, die sind wenigstens nicht um die halbe Welt geflogen worden. Und der »Fruchtiger« in Plastikflaschen - ein totaler Verpackungswahnsinn. Aber es wäre noch bekloppter, sie in den Müll zu werfen. Denn da schmeißen wir dann nicht nur die Ressourcen weg, die in die Lebensmittel geflossen sind, sondern auch alles,

was die Herstellung der Verpackung verbraucht hat.

**Werdet ihr denn alles los? Auch diesen Bananenberg zum Beispiel?**

Reste, die wir wegschmeißen, haben wir nie, weil wir sie immer verarbeiten: Aufstriche, Marmeladen, Zucchini-Chutney, scharfes koreanisches Kimchi aus fermentiertem Weißkohl stellen wir zum Beispiel her. Wir kochen auch ein, wir dörren, wir fermentieren - was zudem noch sehr gesund ist. Wir geben auch Workshops zu Methoden, wie man Obst und Gemüse haltbar machen kann.

**Ihr gehört auch zu den Lieferanten der Fair Trade Night im Museum der Kulturen der Welt, habe ich gelesen ...**

Ja, dafür ist das Zucchini-Chutney aus den Riesen-Früchten vorbereitet. Und bald gibt es wieder eine Schnippel-Disco mit vielen Menschen, die Lust haben, Lebensmittel zu retten und dann gemeinsam lecker zu essen. So zeigen wir, wie viel gutes Essen weggeschmissen wird und wie lecker es dennoch sein kann.

**Du hast Jura studiert, bist 34 Jahre alt, arbeitest seit zwei Jahren als Überzeugungstäterin ziemlich viel für The Good Food - macht es dir denn auch noch Spaß?**

Es ist genau das, was ich tun möchte und sehr erfüllend. Vor allem kann ich in so vielen Arbeitsbereichen wirken. Ich sitze nicht nur ewig am Computer, sondern kann auch Ladendienst machen oder mit zur Ernte fahren oder einfach Lebensmittel mit dem Lastenrad aus der Lagerhalle in den Laden bringen.

**Was habt ihr für Zukunftspläne?**

Gern würden wir Gemüseboxen mit gerettetem Obst und Gemüse anbieten, darüber diskutieren wir gerade

Infos unter: [www.the-good-food.de/](http://www.the-good-food.de/)

## ITALIEN: KOOPERATIVE CA DJ' MAT

## Keine harte Nuss

Ca dj' Mat stammt aus dem piemontesischen Dialekt und bedeutet Irrenhaus. Wahrscheinlich musste man auch etwas verrückt sein (aber nicht nur), um dieses Projekt zu beginnen. Die ökonomische Grundlage bilden Schafskäse und Haselnüsse.

VALENTINA, LONGO MAI

Ca dj' Mat begann 2007 im italienischen Piemont, in der Region zwischen Cuneo und Asti, die »le Langhe« genannt wird. Wohin das Auge reicht Weinberge, kleine verlorene Weiler und historische Schlösser, seit 2014 von der UNESCO als Weltkulturerbe anerkannt.

Auch das kleine Dorf Rocca Cigliè mit seinen 157 Einwohner blieb in der Nachkriegszeit nicht von Landflucht und Verödung landwirtschaftlicher Nutzflächen verschont. Die älteren Bauern finden niemanden, der ihr Land weiter bewirtschaften möchte.

Als Bruto und Gaëlle, die beide einige Zeit lang in verschiedenen

Longo mai-Kooperativen lebten, damals mit anderen das Haus im Dorf kauften, konnten sie zusätzlich 12 ha Wald und Brachland von der Gemeinde bewirtschaften. Die Gruppe, die das Projekt begann, wollte im kleinen Rahmen eine wirtschaftliche Basis aufbauen, die einerseits den regionalen landwirtschaftlichen Bedingungen gerecht wird und zugleich eine soziale Zusammenarbeit mit der Bevölkerung schaffen kann. Das ist ihnen gelungen und ihre Herangehensweise wird sehr geschätzt. Sie konnten solide Beziehungen mit vielen Leuten in der Region aufbauen; man hilft sich gegenseitig, Maschinen und Material werden gemeinsam genutzt.

### Von Milchschaufen zu Haselnüssen

Wichtigste ökonomische Grundlage des Projektes ist eine Herde von 40 Milchschaufen einer lokalen Rasse. Die hauptsächlichsten Einnahmen bilden der Verkauf von Schafskäse

und Lammfleisch. Der Gemüsegarten, die Schweinemast, Hühner und Hasen sind vor allem für den Eigenbedarf.

Dank der Arbeiten im Wald hat die Gruppe Holz für den Winter und Reisigbündel, um im Dorfbackofen Brot und Pizza zu backen. Es sind die Bewohner von Ca dj' Mat, die den Betrieb des Backofens im Dorf koordinieren und eine gemeinsam gebackene Pizza sorgt immer für gute Stimmung.

Seit zwei Jahren hat die Gruppe eine Parzelle mit 150 Haselnussbäumen gepachtet. Diese Sorte Haselnüsse, »tonda gentile«, ist bekannt für ihren sehr viel milderem Geschmack als andere Sorten. In südlicheren Gegenden des Piemonts wird sie für die industrielle Produktion von Nutella und anderen Süßigkeiten angebaut. Somit wurde die traditionelle Art des Haselnussanbaus in eher abgelegenen Randgebieten in quasi riesige Monokulturen umgewandelt. Folgen dieser Art der Landwirtschaft sind eine Übernutzung der

reichhaltigen und flachen Böden; eine vollkommene Mechanisierung aller Tätigkeiten; Einsatz von Pestiziden, um den Boden vor der Ernte »sauber« zu halten.

Im Gegensatz dazu kommen die Haselnüsse aus Ca dj' Mat von alten Pflanzungen, werden ohne chemische Zusatzprodukte angebaut, von Hand gepflegt und in guter Stimmung geerntet. Durch regen Austausch und eine lange Freundschaft mit Leuten von Longo mai entstand die Idee, ein gemeinsames Projekt rund um die Verarbeitung zur Haselnusscreme aufzubauen. Die Haselnüsse werden auch im Dorfbackofen geröstet, um sie danach in kleinen Tüten vakuumverpackt zu verkaufen.

Diese Köstlichkeit ist für unsere Weihnachtsstände in der Schweiz vorgesehen, um der Gruppe von Ca dj' Mat eine neue Einnahmequelle zu eröffnen und die Zusammenarbeit mit Longo mai noch weiter zu vertiefen.

Erstveröffentlicht: Nachrichten aus Longo mai 142.

## ANZEIGE

## graswurzel revolution

für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft



GWR Nr. 424, Dez. 2017:

#MeToo  
Soziale Bewegungen in Polen, Griechenland, Spanien & Deutschland  
Ende Gelände  
Russische Revolution  
Geschichte der Drückeberger

Probeheft kostenlos:  
[www.graswurzel.net](http://www.graswurzel.net)

URBAN AGRICULTURE ALS SELBSTHILFE, BESCHÄFTIGUNGSFORM UND ALS EINKOMMENSFELD

## Innerstädtische Agrarkultur

Mit 150 Teilnehmenden aus aller Welt fand Anfang September 2017 eine zweitägige »Urban Farming«-Konferenz in Berlin-Mitte statt. Ziel war die vermehrte Förderung der urbanen Agrarkultur auch durch Städtepartnerschaften.

ELISABETH MEYER-RENSCHHAUSEN, BERLIN

Christian Vera ist um die 30 und riesig. Der Peruaner hat Kommunikationswissenschaften studiert und schreibt ein Buch über die Feige. In seiner Heimat in den Bergen Perus kümmert sich Christian um die 3-Hektar-Farm seines Großvaters. Dort baut er Feigen nach den Regeln des bioorganischen Anbaus an. Besonders die biodynamische Landbauweise fasziniert ihn. Seine Erzeugnisse sind aber nicht zertifiziert. Denn die Zertifizierungsvorgaben richten sich, berichtet er mir, weltweit nach den Regeln des europäischen Marktes. Und sind daher für ihn zu teuer. Denn für den Export hat er nicht genug, erklärte man ihm auf der Nürnberger »Biofach«-Messe. Christian befragt mich nach einer sinnvollen Vermarktungsstrategie. Er hat in den letzten Jahren als Volontär der Organisation »wwoof«, die weltweit Freiwillige auf Biobauernhöfen vermittelt, auf zahllosen kleinen Höfen Südeuropas gearbeitet. Er wollte wissen, was sie mit ihren Feigen machen. Welche Sorten sie anbauen, wie sie sie vermarkten. Der Überlebenswille und die kluge Bescheidenheit seiner Bauern und Kleinbäuerinnen faszinierten ihn. Egal ob in Kroatien oder Rumänien, aber ganz besonders fand er sie in Griechenland.

Asmelash Dagne begann mit 18 Jahren in einer Dorfschule zu unterrichten. Der heute 28jährige stammt und lebt im südlichen Äthiopien. Bei zahllosen gemeinsamen Workshops und Mahlzeiten erzählt er davon, wie er Dorfbewohnerinnen, Städter sowie Kleinbauern durch seinen üppigen Garten zum agro-ökologischen Gemüseanbau motivierte. Bisher sind Methoden des Biolandbaus in seiner Heimat kaum bekannt. Die Regierung setzt auf Kunstdünger und Pestizide. Lange zwang sie die Bauern Derartiges zu kaufen. Als Asmelash seinen ersten Schulgarten anlegte, geriet er mit dem Schuldirektor aneinander, weil er keinen Kunstdünger verwenden wollte. Asmelash legte anderswo im Dorf einen Garten an. Die Leute staunten und fragten, ob sie etwas von seiner Ernte mitnehmen könnten. Dann wollten sie wissen, wieso es bei ihm so gut wächst. Bald hatte er mit seinen Anbaumethoden einen so großen Erfolg, dass er schließlich auch an seiner Schule einen giftlosen Garten anlegen durfte. Als ein Ethnologe seinen Schulgarten sah, war sein Weg vorgezeichnet. Asmelash bekam einen Kurs zur Permakultur geschenkt. Seither bildet er überall die Bauern, Lehrer und Kinder

in nachhaltigem Gartenbau aus. Es beginnt mit dem systematischen Kompostieren und endet mit einem klugen Wassermanagement. Letzteres ist angesichts langer Trockenzeiten und zunehmender Extremregen absolut notwendig. Asmelash verhalf so vielen Schulen zu Gärten. Und er spricht mit den Eltern und Kinder über gesunde Ernährung. Heute ist Asmelash der ostafrikanische Koordinator von »10.000 Gärten für Afrika«. Es handelt sich um das sehr erfolgreiche Slow Food Programm zur Förderung von Gemeinschaftsgärten in Afrika.

Komson Hutapaed aus Thailand ist deutlich älter. Er meint mit leiser Stimme, dass in Südostasien eine breitere Bewegung Richtung urbanen Gemüseanbaus maximal zehn Jahre alt sei. Vor allem gebildete Schichten versuchen sich durch Eigenanbau den Diktaten der Lebensmittelindustrie zu entziehen. Sie wollen die bedenkliehen Chemo-Cocktails des agrarindustriellen Anbaus nicht mehr. Komson Hutapaed kam 2011 nach der großen Flut – die ihn aus seinem Haus ver- und auf das Grundstück des Großvaters trieb – darauf, mitten in der Stadt Bangkok, genauer an deren Rand, sein eigenes Gemüse anzubauen. Heute geht es ihm darum, hier in seinem kaum einen Hektar umfassenden »Grandpa's Garden« Kindern und Erwachsenen zu zeigen, wie einfach innerstädtischer Gemüseanbau ist. Und wie aromakräftig Gemüse ist, das ohne Kunstdünger und Gift angebaut wurde. Er berichtet außerdem von den vielen Demonstrationen gegen die Wiedereinführung von gentechnisch verändertem Saatgut. Das die Regierungen in Südostasien wieder und wieder neu einzuführen versuchen.

Alle drei trafen sich Anfang September mit vielen anderen ähnlich Aktiven auf der »Urban Farming«-Konferenz in Berlin. Idee des Hauptförderers einer Auslagerung des Entwicklungsministeriums war es, Städtepartnerschaften, die die urbane Agrarkultur voranbringen könnten, zu fördern. Städte des globalen Nordens mit Programmen zur Förderung der urbanen Agrarkultur sollten sich mit ähnlich interessierten Städten des globalen Südens vernetzen, um dortige Initiativen zu unterstützen. Aber es stellte sich heraus, dass es auf dem Feld einer neuen urbanen Agrarkultur eher der globale Norden ist, der vom globalen Süden etwas zu lernen hat und gefördert werden sollte, denn umgekehrt.

Die Perspektive aus dem globalen Süden empfahl auch die Hauptrednerin Marielle Dubbeling von der Agrar-Universität Wageningen, Niederlande. Sie ist die Direktorin von RUAF (Rural and Urban Agriculture Foundation), einer Stiftung und einem internationalen Netzwerk für rurale und urbane Ernährungssicherung weltweit. Die Hauptforschungsperspektive von RUAF ist die des Südens, auch wenn einige zentralen Orte des Geschehens weiterhin im Norden liegen, wie Wageningen in den Niederlanden oder Toronto in Kanada. Marielle Dubbeling koordiniert als promovierte Agrarexpertin derzeit die Mitarbeit von RUAF im UN Habitat Programm zur Integration von urbaner und peri-urbaner Landwirtschaft. Zudem geht es um Waldwirtschaft in städtischen und ländlichen Programmen zur Prävention und Abfederung des Klimawandels. Was Politiker, Stadtväter und ihre Verwaltungen hierzulande nicht wahr haben wollen: Urban Agriculture ist von UNO, FAO (Food and Agriculture Organisation mit Sitz in Rom) und dem Milan Urban Food Policy Pact von 2015 weltweit als eine Strategie zur Ernährungssicherheit im Kampf gegen den Klimawandel anerkannt. Urbane Agrarkultur ist, egal ob als reiner Gartenbau oder als Ökoland-

bau, arbeitsintensiv und bietet zudem die dringend benötigten Beschäftigungsmöglichkeiten, die überall auf der Welt fehlen.

Viele der Referenten und Referentinnen der Konferenz waren aus Lateinamerika, wo der innerstädtische Gemüseanbau teilweise bereits 40 Jahre lang gängige Praxis ist. Die Referenten kamen als Wissenschaftler, die sich zudem ehrenamtlich als Gartenaktivisten betätigen und andere sind professionelle Manager einer neuen städtischen Agrarkultur auf eigene Faust. Soweit es bereits städtische Programme der Förderung der Urban Agriculture gibt, zielen sie in der Regel sowohl auf die Selbsthilfe durch Subsistenzwirtschaft als auch Einkommensgenerierung durch Verkauf der Erzeugnisse auf lokalen Märkten. Erfolgreiche Förderprogramme existieren etwa in der Stadt Rosario in Argentinien, in der Großstadt Quito in Ecuador oder neuerdings auch in Mexiko-Stadt. Ob man deshalb diese Programme nun gleich zu kleinen ökonomischen Highlights oder Startups stilisieren sollte, stellte Marielle Dubbeling in Frage. Denn schließlich ginge es in allen betroffenen Städten und Fällen zunächst um Food Security, bevor es um »cash crop« Anbau gehen könne. Tatsächlich werden in einigen südamerikanischen Städten wie Rosario städtische Programme zur Förderung des innerstädtischen Gemüseanbaus obschon lange existent kaum von seitens kommunaler oder nationaler Politik unterstützt. Vielmehr sind es überall immer die Flächen der urbanen Landwirtschaft, die in Gefahr sind, verscherbelt zu werden. Daher vertreten einige Experten der städtischen Agrarkultur die These, dass es besser sei, Zuschüssen grundsätzlich zu verzichten und stattdessen ausschließlich auf Eigeninitiative hin mit einer gewissen privaten Unterstützung aus dem globalen Norden aufzubauen. In Sao Paulo in Brasilien etwa bieten die Elektrizitätswerke die unbebauten Flächen unter den Strom-Leitungs-Trassen jetzt Initiativen wie »Städte ohne Hunger« an. Die Stromerzeuger sind froh, sich hier publikumsfreundlich zeigen zu können. Die Gärtnerinnen und Kleinbauern unter den Stromleitungen produzieren auf den Freiflächen Gemüse, Kräuter und Salate für die lokalen Märkte. Ein Teil ihrer Kundschaft erstet das Gemüse direkt bei ihnen auf der Fläche. Die Initiatoren von »Städte ohne Hunger« sind stolz, auf diese Art und Weise Arbeitsplätze geschaffen zu haben.

Auch in Nairobi, Kenia, gibt es bereits seit über 30 Jahren ein Institut zur Förderung der städtischen Landwirtschaft. In der Großstadt drängen sich in den großen Slums wie Kibera die Armen seit langem ohne ausreichende Erwerbsmöglichkeiten. Die meisten hier sind halb oder ganz arbeitslos und versuchen sich als Straßenhändler, durch Trägerdienste oder Tagelöhner über Wasser zu halten. Entwicklungsprogramme aus aller Welt helfen den Familienmüttern in den engen Gassen Gemüse vertikal in Säcken anzubauen. Die Frauen haben so frischen Kohl für die Familie und können die Überschüsse verkaufen. Plastiktüten sind in Kenia übrigens neuerdings verboten. Denn das Plastik in den Mägen ließ die freilaufenden Ziegen anderer Stadtbäuerinnen verenden, die sich an den Bahntrassen oder auf Müllhalden ihr Futter suchen müssen. Über das städtische Institut für Ernährungssicherheit werden viele der Programme und Projekte von einem Hauptförderer aus dem globalen Norden unterstützt. Im Falle von Nairobi, Kenia ist es die RUAF Foundation in den Niederlanden, mit der eine vieljährige Zusammenarbeit existiert. Anders hingegen entstanden Initia-



▲ Der Gemeinschaftsgarten auf dem Berliner Tempelhofer Feld lädt zum verweilen ein und macht Lust selbst aktiv zu werden. Foto: Elisabeth Meyer-Renschhausen

tiven der städtischen Landwirtschaft in Ostasien erst in jüngster Zeit als Reaktion auf die Überschwemmungen der letzten Jahre. In den rasant wachsenden Städten bauen die Stadtbewohner überall meist extralegal Gemüse an, vor allem als Reaktion auf die Giftskandale der jüngsten Zeit. Lebensmittel voller Pestizidrückstände, wie sie nicht zuletzt aus China nach Vietnam oder Laos importiert wurden, will auch dort keiner mehr. Daher bauen die Menschen nun in privater Eigeninitiative auf allen freien Flecken überall Gemüse an, wo es nur geht. Eine Form des Selbsthilfe-Bioanbaus, solange ein umwelt- und gesundheitsverträglicher Landbau von autoritären oder korrupten Regierungen nicht gefördert wird.

Merkwürdig an der Konferenz war nun allerdings, dass die Rolle der urbanen Agrarkultur in Berlin unterbelichtet blieb. Denn Berlin mauserte sich in den letzten zehn Jahren zu einer der Welthauptstädte des »Urban Gardenings«. Im Gegensatz zu Paris und London entstanden die Gemeinschaftsgärten und neuen Agrarbetriebe hier ohne jegliche direkte Förderung. Und die meisten interkulturellen Gärten und Bauerngärten sind erheblich größer als jene von Paris oder sogar zukunftssträchtiger als jene Londons. So war es recht merkwürdig, dass auf der ohnehin mit nur zwei Konferenztagen im engeren Sinne zu kurzen »Urban Farming«-Konferenz die Berliner Gärten lediglich im Anschluss an die Plena als Orte für Exkursionen »vorkamen«. Immerhin wurden an jedem Tag mehrere davon zu verschiedenen Orten des »Urban Gardenings« in Berlin angeboten. Nach den zeitlich allzu knapp bemessenen Diskussionsrunden wurden diese kleinen Ausflüge von allen Konferenz-Teilnehmern meistens als kleine Höhepunkte der Konferenztage empfunden. Etwa die Bauerngärten mit ihren über 1.000 Mitmachenden heute, im Landschaftsschutzgebiet an der Havel, waren trotz strömendem Regen ein wunderschöner Anblick! Der erste Betrieb der solidarischen Landwirtschaft, das »Speisegut«, beeindruckte nach so kurzer Existenzzeit als »Solidarischer Landwirtschaft« (CSA), bereits auf eigenen Beinen stehen zu können. Oder der riesige Gemeinschaftsgarten Allmende-Kontor auf dem ehemaligen Flughafen Tempelhofer Feld, den sämtliche Berlinbesucher als inspirierend empfinden, so wild er auch aussehen mag. Oder das schöne »Himmelbeet« im Wedding, das derzeit um sein Überleben kämpfen muss. Dass die Berliner Gemeinschaftsgärtner als Haupt-Ideengeber der Konferenz und als die eigentlichen Akteure des Ganzen nicht prominenter in Erscheinung traten, liegt wohl daran, dass die Berliner Gemeinschaftsgärtner, die ab 2004 binnen eines guten Dutzend von

Jahren nahezu 100 Gemeinschaftsgärten schufen, ohne eine eigene Dachorganisation zu gründen.

Ob die allzu kurze »Urban Farming«-Tagung der weiteren Vernetzung der – scherzhaft gesprochen – »Stadtbauern« zu dienen geeignet war, ist unklar. Wenn zu viele Termin-Wünsche von den Hauptförderern dazu führen, dass eine so große Chance auf ein allzu schmales Zeitbudget (von noch nicht einmal zwei kompletten Tagen in den Konferenzräumen) zurechtgeschrumpft werden muss, kappt das mit den Inhalten auch einen Teil der Begeisterung. So einigte man sich, es hinsichtlich Vernetzung, bei den bereits vorhandenen Strukturen wie der RUAF sowie der Mailing-Liste der FAO beziehungsweise La Via Campesina oder Nyeleni belassen zu können. Über die FAO-Mailing-Liste hatten die meisten Teilnehmer aus aller Welt von der Tagung erfahren. Offenbar haben in Berlin bislang weder Politik noch Presse verstanden, wie relevant das Thema für die Zukunft sein wird. Und das, obschon die bundesdeutsche neue Gartenbewegung auch hier in Berlin 1977 mit der Arbeitsgruppe Kleinstlandwirtschaft und Gärten entstand. Die AG organisierte bereits im Jahr 2000 in Berlin eine internationale »Garten-Konferenz« mit doppelt so vielen TeilnehmerInnen, doppelt so vielen Tagen in inspirierender Aufbruchstimmung, mit einem Viertel des Etats. Drei Bücher und zahllose Gartengründungen waren das Ergebnis.

Liegt es möglicherweise an der von Politik und Behörden dauernd gelegenen Erwerbs- und Einkommenslosigkeit, die zu solchen Unterbewertungen führten? Wie auch immer, wenn die Hauptstadt des Urban Gardenings eine Tagung zu diesem Thema ausrichtet, ohne selbst dabei in Erscheinung zu treten, ist das schade. Aber es gab auch Lichtblicke, wie der Fahrrad betriebene Häkser des Berliner Kleinstunternehmens »KanTe«, der in der Böll-Stiftung zu alloseitigem Vergnügen führte – neben den vielen Büchern, Schriften und Untersuchungen allein aus der Berliner Forscher- und Aktivistenszene, die allein in ihrer puren Fülle auch ihrerseits erstaunlich sind. Oder der schöne Auftaktabend im sonnendurchfluteten Interkulturellen Garten im von Bürger-Initiativen erstrittenen Park auf dem Gleisdreieck. Damit die Gemeinschaftsgärten und die urbane Agrarkultur künftig besser gewürdigt werden, wäre der Stadt Berlin zu empfehlen, zum Programm der Berliner Ernährungsstrategie im Rahmen des Milan Urban Food Policy Pact nunmehr die noch nicht bebauten Flächen für die urbane Landwirtschaft vorzuhalten. Dabei auf grüne Dächer zu spekulieren mag einträglich für manche Architekten und Baufirmen sein, eine nachhaltige Ernährungsstrategie, die fehlende Beschäftigungs-, Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten schaffen will, aber braucht ernsthafte Flächen.

### ANZEIGE

**Viva la autonomía!**

Solidarischer Handel mit Kaffee & Tee von zapatistischen Kooperativen und vom CRIC/Kolumbien

Espresso aus handwerklicher, kollektiver Trommelröstung

Kaffee Kollektiv Zapatista

Am Veringhof 11  
21107 Hamburg  
Tel: 040 - 28780015

Infos und Online-Shop:  
[www.aroma-zapatista.de](http://www.aroma-zapatista.de)

# Genossenschaftliche Selbsthilfe stärkt das Gemeinwesen

Ein Forschungsprojekt des Instituts für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin (IfG) untersucht die Entwicklung genossenschaftlicher Neugründungen. Ein Großteil sind Energiegenossenschaften: Kooperationen zur Produktion oder Vertrieb Erneuerbarer Energien, darunter prominent zum Beispiel Greenpeace Energy eG. Daneben gründeten sich aber auch viele Genossenschaften in den Bereichen Handwerk, IT, Gesundheit, Kunst und Kultur oder Soziales. Interessanterweise wird die Genossenschaftsidee in neuen Geschäftsfeldern entdeckt, in denen sie bislang keine besondere Rolle spielte.

MARLEEN THÜRLING,  
REDAKTION GENOSSENSCHAFTEN

Über 2.000 neue Genossenschaften sind in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland gegründet worden. Das ist eine beachtliche Zahl, bedenkt man den lange Zeit rückläufigen Trend der Genossenschaftszahlen. Allein zwischen den Jahren 1950 bis 2000 sank die Zahl der Unternehmen in der Rechtsform »eingetragene Genossenschaft« (eG) um 70 Prozent.

## Hintergründe der Entwicklung

Die Gründe für diese Entwicklungen sind vielfältig. Zum einen sind mit der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes 2006 Erleichterungen zur Gründung einer Genossenschaft geschaffen worden und mit Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2009 ist die Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften wesentlich attraktiver geworden. Zum anderen hat das Interesse an Mitbestimmung und Selbstorganisation zugenommen. Spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa gewinnt die Genossenschaft als regional verankerte und demokratische Wirtschaftsform enorm an Attraktivität.

Genossenschaften sind in erster Linie Selbsthilfeorganisationen für ihre Mitglieder, so sieht es auch das Genossenschaftsgesetz (GenG) vor. In den vergangenen Jahren haben sich allerdings zunehmend Genossenschaften gegründet, die über das Wohl der Mitglieder hinaus einen Beitrag für das Gemeinwesen leisten. Ihr Ziel ist es weniger, ihren Mitgliedern wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen, sondern einen gesellschaftlichen Mehrwert zu generieren, unter anderem, indem sie bestimmte Angebote der Daseinsvorsorge absichern. Prominente Beispiele für diese »Genossenschaften des Gemeinwesens« sind genossenschaftliche Dorfläden, Nachbarschaftszentren, Stadtteil- oder Quartiersgenossenschaften, Kino und Theater, Bürgerbusse, aber auch genossenschaftliche Kindergärten, Behindertenwerkstätten und Seniorengenossenschaften.

## Genossenschaften in der Daseinsvorsorge

Obwohl die Zahl aller neu gegründeten Genossenschaften in den letzten Jahren zurückgegangen ist, haben die Gründungen im Gemeinwesen zugenommen. Das Interesse an diesen Genossenschaften scheint also nicht nachzulassen, im Gegenteil. Denn der Bedarf für genossenschaftliche Lösungen wird zukünftig nicht ab-, sondern weiter zunehmen. Bevor bestimmte Dienste und Angebote komplett wegbrechen, weil sie vom Staat nicht mehr finanziert und für den Markt nicht profitabel genug sind, übernehmen betroffene Bürger\*innen diese in Eigenregie.

Das IfG hat in Kooperation mit dem Institut für Ländliche Entwicklung (IfL) in Leipzig untersucht, wie



viele dieser Genossenschaften in den vergangenen Jahren entstanden sind. Die Erhebung liefert damit einen ersten Überblick über die zahlenmäßige Entwicklung und verschiedenen Geschäftsmodelle. Einbezogen wurden Genossenschaften, die einen Beitrag zum Gemeinwesen bereitstellen (siehe dazu Info-Kasten Community Cooperatives).

## Vielfältigkeit der Ansätze

Von den insgesamt 315 neu gegründeten Genossenschaften des Gemeinwesens sind mehr als ein Drittel im Bereich der Nahversorgung entstanden, mehrheitlich Dorfläden im ländlichen Raum. Aber auch Gasthäuser, Erzeuger-Verbraucher-Kooperationen und Weltläden (vor allem im städtischen Bereich). Mehr als ein Viertel dieser Genossenschaften wurden im Bereich der Sozialwirtschaft gegründet, die sich zum Teil auch mit staatlichen Geldern finanzieren und an denen beispielsweise Unternehmen oder Wohlfahrtsverbände beteiligt sind. Dazu zählen Genossenschaften Erwerbsloser, Behindertenwerkstätten, Palliativ- und Pflegeeinrichtungen sowie genossenschaftliche Kindergärten und Schulen.

Einen Beitrag zum Gemeinwesen leisten auch viele Genossenschaften

im Bereich der Raumentwicklung, die beispielsweise Bürgerhäuser erhalten, Denkmalschutz betreiben, regionale Wirtschaftskreisläufe durch Regionalwährungen stärken oder Ackerflächen in Gemeinschaftseigentum überführen. Jede zehnte Genossenschaft stellt Leistungen in den Bereichen Freizeit und Kultur bereit, zum Beispiel Sporteinrichtungen wie Schwimm- und Turnhallen, Theater, Kino und andere Kultureinrichtungen.

## Regional unterschiedliche Verteilung

Im Forschungsprojekt des IfG wurde untersucht, wo diese Genossenschaften entstehen. Anhand der Karte lässt sich nachvollziehen, dass sich ein Großteil im Süden bzw. Südwesten Deutschlands gegründet hat und die Gründungsdynamik in den östlichen Bundesländern – bis auf Berlin – deutlich geringer ausfällt. Auch im Verhältnis zur Einwohnerzahl verändert sich dieses Muster nicht wesentlich. Weitere Analysen zeigen, dass Genossenschaften des Gemeinwesens eher in Regionen entstehen, die in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht besser aufgestellt sind. In den stärksten Regionen wurden durchschnittlich zwei neue Genossenschaften gegründet, in den

schwächsten Regionen Deutschlands dagegen durchschnittlich keine. Das deckt sich weitgehend mit Befunden aus der Engagement-Forschung: Menschen sind eher in der Lage und willens, sich freiwillig zu engagieren, je höher ihr Einkommen und ihr Bildungsniveau ist.

Dies lässt mindestens zwei Schlussfolgerungen zu. Genossenschaftliche Selbsthilfe kann, genau wie vor 150 Jahren, eine zeitgemäße Antwort auf Versorgungsprobleme sein und Menschen dort eine Handlungsoption bieten, wo sich Markt und Staat aus der Versorgung zurückgezogen haben. Deutlich wird aber auch, dass Selbsthilfe und Selbstorganisation voraussetzungsvoll sind, nicht jede\*r verfügt über die Möglichkeiten und das Kapital, eine Genossenschaft zu gründen. Auch deshalb können Genossenschaften kein Ersatz für staatliche Versorgungsleistungen sein. Das ist wichtig zu betonen, denn andernfalls droht die genossenschaftliche Selbsthilfe für den Abbau von Leistungen in der Daseinsvorsorge instrumentalisiert zu werden.

Marleen Thürling ist Promotionsstudentin am Institut für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität zu Berlin (IfG). Sie forscht zu Entstehungsbedingungen von Genossenschaften und der Rolle bürgerschaftlichen Engagements.

**Community Cooperatives:**

**Das Konzept der Community Cooperatives (deutsch: »Genossenschaften des Gemeinwesens«) bezeichnet Genossenschaften, die 1) einen expliziten Beitrag zum Gemeinwesen erbringen, 2) maßgeblich von Bürger\*innen initiiert wurden, und 3) lokal verankert sind. Weiterführende Literatur dazu: Mori, P. A. (2014). Community and Cooperation: The Evolution of Cooperatives Towards New Models of Citizens' democratic Participation In Public Services Provision. *Annals of Public and Cooperative Economics*, 85(3), Seite 327-352.**

**ANZEIGE**

**lunapark** 21 Heft 40, Sozial: Unabhängigkeit Kataloniens +++ Interview mit G. Serra (CUP) +++

Unabhängigkeit warum? +++ Warum jetzt? +++ Wirtschaftliche Gründe & Folgen der Unabhängigkeit +++ Die Beteiligten in Katalonien +++ Selbstbestimmungsrecht auch für Katalanen & Katalaninnen +++ Ausnahmezustand in Katalonien +++ Das dröhnende Schweigen in Brüssel & Berlin

4 x im Jahr, 72 Seiten, Einzelheft Deutschland/Österreich 6,50 Euro Schweiz 8,90 CHF Benelux 6,90 Euro (jewe. zzgl. Porto) Normalabo = 4 Hefen/Jahr Deutschland/Österreich 26,00 Euro/Jahr Abo PT/US = 4 Hefen plus 2 LP21-Extra Hefen zu Schwerpunkthemen 35 Euro. Probeheft & Abo: per E-Mail abo@lunapark21.net, per Post AVZ - Storkower Str. 127a, 10407 Berlin - per Telefon (+ AVZ) 030-42804040

www.lunapark21.net

## ÜBER DEN TELLERRAND / RECHTSTICKER

FRIEDENSAKTIVIST\*INNEN IN COCHEM VOR GERICHT

# Widerstand gegen Atomwaffen verurteilt

Amtsgericht Cochem an der Mosel, 4. Oktober 2017, Prozesstermin gegen JUNEPA (Jugendnetzwerk für politische Aktionen): Vier Friedensaktivist\*innen sind wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch angeklagt. Im September 2016 hatten sie auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel die Landebahn betreten, um gegen die völkerrechtswidrige Stationierung der dort lagernden 20 US-Atombomben und deren geplante Aufrüstung sowie den täglichen Übungsbetrieb der Bundeswehr mit Attrappen dieser Waffen im Rahmen der »nuklearen Teilhabe« zu protestieren. Elke Koller beobachtete den Prozess.

JÜRGEN WEBER, BERLIN

Die Angeklagten, zwei Student\*innen, ein Kinderarzt und eine Hebamme, berufen sich auf den rechtfertigenden Notstand und ihre demokratische Pflicht, auf dieses Unrecht hinzuweisen. Der Vorwurf der Sachbeschädigung war schon beim ersten Verhandlungstermin fallen gelassen worden, da sie nur zwei kleine Drähte lösen mussten, um den Zaun zu überwinden.

Auf der Landebahn angekommen, ließen sie Luftballons steigen und malten Friedenssymbole mit Kreide auf die Landebahn. Es dauerte mehr als eine Viertelstunde, bis sie bemerkt wurden und die Feldjäger anrückten. Da sich die Aktivist\*innen weigerten, die Landebahn zu verlassen, wurde die Polizei gerufen, die sie dann festnahm. »Das war kein Hausfriedensbruch«, trägt eine Aktivistin zur Verteidigung vor, »denn dieser Nato-Flugplatz ist kein Haus des Friedens. Von ihm geht Krieg aus, ja, ein Krieg mit Massenvernichtungsmitteln.« Ihre Aktion sei vielleicht nicht legal, aber legitimiert dadurch, dass rechtsstaatliche Mittel bisher versagt haben, um das Unrecht der Stationierung dieser US-Atombomben zu beseitigen.



▲ Einwohner\*innen deutscher Städte verlangen gemeinsam mit »ICAN - International Campaign to Abolish Nuclear Weapons« (Bündnis von über 440 Organisationen in 100 Ländern) ein Atomwaffenverbot. Für ihr Engagement erhält »ICAN« 2017 den Friedensnobelpreis.

Foto: Herbert Sauerwein

»Der Bundestagsbeschluss zum Abzug der Atomwaffen wird nicht umgesetzt, die Verfassungsklage von Elke Koller wurde abgeschmettert und der kürzlich in Kraft getretene internationale Vertrag zum Verbot von Atomwaffen wurde von der Bundesregierung bis jetzt nicht unterschrieben.«

»Sie können Geschichte schreiben«, schlug ein Angeklagter dem Richter vor: »Sie können uns freisprechen und damit das Unrecht in Büchel delegitimieren.« Zur Bekräftigung ihrer Argumente hatten die Aktivist\*innen zuvor zwei Beweisanträge gestellt. Es sollte der ehemalige Richter am Bundesverwaltungsgericht Dieter Deiseroth zur Verfassungsmäßigkeit der Aktion gehört werden. Denn, so die Aktivist\*innen, »die monströse Bedrohung, die von den Atomwaffen in Büchel ausgeht, ist mit dem Friedensgebot des Grundgesetzes und der bundesdeutschen Verfassung nicht in Einklang zu bringen.«

Als weitere Gutachter sollten die Bewegungsforscher Dieter Rucht oder Roland Roth vom Institut für Protest- und Bewegungsforschung angehört werden. Es sollte dargelegt werden,

dass in der Geschichte gewaltfreier sozialer Bewegungen Aktionen des Zivilen Ungehorsams mit begrenzten Regelverletzungen durchaus fortgesetztes Unrecht stoppen und zu einer Umkehr der Politik führen konnten. Doch der Richter lässt die Beweisanträge nicht zu. Ihn treibt vielmehr die Sorge um, dass die kleine Regelverletzung der vier Aktivist\*innen die verfassungsmäßige Ordnung eher zerstören würde als die menschenverachtende Bedrohung durch Atomwaffen.

»Wo kommen wir denn hin, wenn wir nicht mehr Regeln und Grenzen einhalten würden!« Er sieht in den Atomwaffen offenbar keine entgrenzte Gewalt, die die gesamte Menschheit und also auch unsere verfassungsmäßige Ordnung auf Dauer zerstören würde. Dass die Atomwaffenpolitik der Bundesrepublik völkerrechtswidrig sei, versucht er mit dem alten Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster zu widerlegen. Allerdings wird in diesem Urteil dazu nicht abschließend Stellung genommen, sondern der Klägerin ihre Klageberechtigung abgesprochen.

Auch geht er überhaupt nicht auf den am 7. Juli diesen Jahres beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrag ein, der ja inzwischen bereits von mehr als fünfzig Staaten unterschrieben und damit in Kraft getreten war. Er geht auch nicht darauf ein, dass der Beschluss des deutschen Parlaments vom März 2010 zum Abzug der US-Atomwaffen bisher von keiner Regierung umgesetzt wurde. Er geht auch nicht darauf ein, dass achtzig Prozent der deutschen Bevölkerung für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland sind und dass sich zwei Drittel der Bevölkerung für den Beitritt der Bundesrepublik zum Verbotsvertrag ausgesprochen haben.

Auch der Hinweis der Aktivist\*innen, dass Aktionen der gezielten und gewaltfreien Regelüberschreitung, die niemanden gefährden und niemanden verletzen, einen ermutigenden und mobilisierenden Effekt haben könnten und schließlich zu Veränderungen führten, wie die Blockaden in Mutlangen oder die Platzbesetzung in Wyhl als Beginn einer erfolgreichen Anti-AKW-Bewegung, kann ihn nicht

umstimmen. Auch den Hinweis, dass die Verurteilungen von damals alle wieder aufgehoben wurden, lässt er nicht gelten.

Er appelliert vielmehr an die Aktivist\*innen, beim friedlichen Protest zu bleiben, dann würden sie sicher auch mehr Unterstützung aus der Region erhalten. »Sie haben Sympathien bei vielen Menschen, aber halten Sie die Gesetze ein«, betont er. Mit seinem Urteil von dreißig Tagessätzen, das noch nicht rechtskräftig ist, bleibt der Richter unter dem Antrag der Staatsanwaltschaft Koblenz, die sogar vierzig Tagessätze gefordert hat. Die Aktivist\*innen sehen dieses Urteil als Herausforderung und als Ermutigung für weitere Aktionen des Zivilen Ungehorsams und hoffen auf eine eher mobilisierende Wirkung.

Am 18. Oktober folgte ein weiterer Prozess gegen vier Jugendliche, die gemeinsam mit den Verurteilten vor einem Jahr die Landebahn in Büchel betreten hatten. Auch sie gehören zum Jugendnetzwerk JUNEPA, das am 1. September 2017 den Aacheener Friedenspreis verliehen bekam. Drei von ihnen verurteilte Amtsrichter Michel gleichfalls zu je dreißig Tagessätzen. Die vierte Person bestrafte er noch mit weiteren dreißig Tagessätzen: Sie habe Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte geleistet. Alle Verurteilten werden die nächste Instanz anrufen und versuchen, diese Urteile zu revidieren. Ihre Aktion des Zivilen Ungehorsams sehen sie durch den rechtfertigenden Notstand legitimiert. Und sie hat im Rahmen der Kampagne »Büchel ist überall - atomwaffenfrei jetzt!« stattgefunden. Diese ist eine der Mitgliedsorganisationen von ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) und somit auch Trägerin des Friedensnobelpreises 2017. Am 10. Dezember wird er in Oslo feierlich verliehen.

## REPRESSIONS- UND RECHTSFÄLLE

### Legal-Team-Auswertung zum diesjährigen Klimacamp und den Aktionstagen

Im August 2017 fanden im rheinischen Braunkohlerevier mehrere Klimacamps und Aktionsserien statt. Für alle zusammen agierte eine Rechtshilfegruppe unter dem Titel »Legal Team für Alle«. Nun liegt eine Auswertung ihrer Tätigkeiten und Erfahrungen vor. Ein besonderes Kapitel widmen die Autor\*innen dabei der Frage von Personalienabgabe oder -verweigerung bei der Polizei. Im Fazit formulieren sie: »Als Legalteam sind wir der Meinung, dass auch dieses Jahr die Personalienverweigerungen weitgehend erfolgreich verliefen. Um damit weiter zu machen, muss jedoch ein Umgang mit der Angst vor der Identifizierung im Allgemeinen und ein Umgang mit Personenkontrollen im Speziellen gefunden werden. Menschen dürfen nicht unter Druck gesetzt werden, die Personalien zu verweigern.«

Auswertung unter: [antirrr.blogspot.de](http://antirrr.blogspot.de)

### Neue Dynamik in der Schwarzfahr-Debatte

Das ZDF sendete am 28.10.2017 eine 28-minütige Dokumentation über den Nulltarif in verschiedenen Städten (<https://www.zdf.de/gesellschaft/plan-b/plan-b-fahren-ohne-fahrtschein-100.html>). Kurz zuvor hatten sich zwei Landesregie-

rungsmitglieder, jeweils für Justiz zuständig, für die Entkriminalisierung des Schwarzfahrens ausgesprochen. Die Frage nach einem Ende des sowohl ineffizienten als auch sozial und ökologisch schädlichen Fahrkartensystems ist wieder auf der Tagesordnung. Der grüne Senator Dirk Behrendt von Berlin wies unter anderem darauf hin, dass die krassen Strafen, bis zu mehrmonatiger Haft, nur den Verkehrsunternehmen diene. Im Interview mit dem Tagesspiegel sagt der Berliner Justizsenator Behrendt dazu: »Andere Wirtschaftsunternehmen unterstützen wir auch nicht dabei, wenn sie ihre berechtigten Forderungen eintreiben.« Der CDU-Minister aus Nordrhein-Westfalen (NRW) Peter Biesenbach stellte die hohen Kosten in den Mittelpunkt: »Wir haben also allein am Montag in NRW rund 160.000 Euro dafür ausgegeben, dass Menschen inhaftiert sind, die das Gericht überhaupt nicht inhaftieren wollte.« Wenige Tage nach diesen Äußerungen zeigte ein Strafprozess in Mainz jedoch, dass an provinziellen Amtsgerichten weiterhin mit absurden Tricks die Kapitalinteressen verteidigt werden. Ein studierter Jurist in Richterrobe verurteilte einen Schwarzfahrer obwohl dieser nachweislich ein auffälliges, eindeutig formuliertes Schild trug. Im mündlichen Urteil stellte der Richter die abenteuerliche Behauptung auf, dass sonst in Zukunft auch Prügelattacken straffrei wären, wenn mensch sie

vorher ankündigen würde. Der Verurteilte reichte Rechtsmittel ein in der Hoffnung, auf Landgerichtsebene auf Juristen zu stoßen, die wenigstens ein Basiswissen im Rechtsbereich aufweisen würden.

Infos unter: [www.schwarzstrafen.tk](http://www.schwarzstrafen.tk)

### Endlich: Landgericht Magdeburg erkennt § 34 StGB an!

Das hat es bislang selten gegeben: Wer für eine bessere Welt oder gegen konkrete Missstände kämpft, hatte die Motive vor Gericht kaum geltend machen können. Dabei bietet der rechtfertigende Notstand eine vom Gesetzeswortlaut her interessante Grundlage für Freisprüche, wenn Menschen bei der Verfolgung wichtiger Ziele Strafgesetze übertreten. Das Landgericht Magdeburg, welches vor einigen Jahren noch eine für sie bittere Revision kassierte, als es bei einer Genfeldbefreiung den Paragraph nicht berücksichtigen wollte, hat jetzt die Reißleine gezogen: »Besteht Gefahr für die Gesundheit der Tiere, so kann dies einen Notstand bedeuten, der Tiergeschützer zum Eindringen in einen Zuchtbetrieb berechtigen kann. Mit dieser Argumentation verwarf das Landgericht (LG) Magdeburg am Mittwoch die Berufung der Staatsanwaltschaft und sprach zwei Männer und eine Frau vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs frei (Urt. v. 11.10.2017, Az. 28 Ns 182 Js

32201/14).« (zitiert nach [www.lto.de/recht/nachrichten/n/lg-magdeburg-28ns182js32201-14-tiergeschuetzer-schweinezucht-hausfriedensbruch-freispruch/](http://www.lto.de/recht/nachrichten/n/lg-magdeburg-28ns182js32201-14-tiergeschuetzer-schweinezucht-hausfriedensbruch-freispruch/)). Das Urteil betraf Fotograf\*innen, die heimlich Tierquälerei filmten und dafür Strafgesetze übertraten. Es lohnt sich für eine offensive, politische Verteidigung vor Gericht, dieses Urteil und die rechtlichen Hintergründe zu studieren und zu verwenden.

Infos unter: [www.landesrecht.sachsen-anhalt.de](http://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de)

### Bunter Psychiatrieprotest

Gegen die Zwangsmaßnahmen der Psychiatrie protestierten mehrere Gruppen während des Weltpsychiatertagess (WPA) am 8./9.10.2017 in Berlin. Unter weitgehender Missachtung linkspolitischer Gruppen waren vor allem Psychiatriebetroffene mit Unterstützung einiger unabhängiger Aktivist\*innen am Messegelände aktiv. Ihre klare Kritik vor den Eingängen führte zu manch aggressiven Reaktionen derer, die mit den Krisen anderer Menschen Geld verdienen. Neben Beleidigungen der Marke »Nazis« oder »Ihr seid alle bekloppt« gab es auch einige Handgreiflichkeiten, immer von Psychiater\*innen ausgehend gegen den Protest. Bilder der Aktionen finden sich auf [www.zwangspanychiatrie.de](http://www.zwangspanychiatrie.de).

Neu entstanden ist derweil eine Ton-Bilder-Schau zur Kritik

an Zwangspsychiatrie, gemacht im Stil der schon länger verbreiteten Schau »Fiese Tricks von Polizei und Justiz« (Mitschnitt unter <https://www.youtube.com/watch?v=N8sRAOITPk>). Wer Interesse hat, kann in der Projektwerkstatt (06401-903283) nachfragen oder unter [www.vortragsangebote.tk](http://www.vortragsangebote.tk) mehr erfahren.

### Einblick in Geheimdienste

Irgendwo zwischen Roman und Reportage siedelt der Autor Harald Gröhler seine im Buch »Inside Intelligence« (Essen 2015, Verlag Neuer Weg, 339 S., 18 Euro) erzählte Geschichte vom Aufbau des Nachrichtendienstes in Deutschland und seinen späteren Verstrickungen mit Geheimdiensten anderer Länder an. Wieweit die Abläufe und Dialoge so oder ähnlich stattgefunden haben, lässt sich nicht ermesen. Quellenangaben fehlen, aber über die Naziwurzeln des Bundesnachrichtendienstes (BND), die nach Kriegsende und in den kalten Krieg hinein als »Operation Gehlen« systematisch bewährte Russenfeinde aus alten Naziapparaten rekrutierte, ist auch so genügend bekannt. »Inside Intelligence« dürfte der Realität nahe sein – und ist so nicht nur spannend, sondern auch aufklärend.

Jörg Bergstedt



INTERVIEW ZUR MIETSITUATION IN BERLIN

## Berlin platzt aus allen Nähten: Zusammenrücken!



▲ Transparent während einer Zwangsäumung am 4. April 2014 in Berlin-Neukölln in der Wissmannstraße.

Foto: nk44cc2.0

**Die Wohnungssituation in Berlin ist schlecht. Es gibt kaum Leerstand und einen großen Zuzug. Die Politik reagiert nicht angemessen darauf. Thilo Broschell ist Mieter in Berlin und Stadtteilaktivist.**

ANNE SEECK, REDAKTION BERLIN

### Wie sieht der Wohnungsmarkt in Berlin aus?

Also Berlin hat ungefähr knapp 1,9 Millionen Wohnungen. 1,63 Millionen sind reine Mietwohnungen. Berlin ist jährlich um durchschnittlich 40.000 Menschen gewachsen. Es hat aber keinen adäquaten Neubau gegeben, das hat dazu geführt, dass sich der Wohnungsmarkt massiv verengt hat. Viele reden von einer Wohnungskrise. Gerade auch Neuzugezogene ziehen in Wohnungen mit schlechten Standards zu höheren Preisen. Die Mietpreise sind in den letzten Jahren extrem explodiert. Hat man vor fünf Jahren bei Neuvermietung 5,40 Euro pro Quadratmeter bezahlt, so sind wir heute bei 9,40 Euro bei Neuvermietung.

### Gibt es spezifische Probleme in Berlin?

2015/16 sind 71.000 Flüchtlinge nach Berlin gekommen, eine höhere Zahl als in vergleichbaren Großstädten. Die brauchen auch perspektivisch Wohnungen und werden nicht auf Dauer in Notunterkünften oder sonstigen Einrichtungen untergebracht werden können.

Berlin gilt als Hotspot, für viele Leute ist es interessant, nach Berlin zu kommen. Berlin ist international sehr angesagt. Es gibt einen riesigen Zuzug. Zum Glück gehen jedes Jahr auch Leute aus Berlin weg. In den letzten Jahre sind immer mehr Leute in Berlin geblieben, als wieder weggegangen sind. Nur durch diesen Austausch ist es so, dass dieser Wohnungsmarkt noch ein Stück weit funktioniert, denn die Leute, die weggehen, machen natürlich eine Wohnung frei. Der Nachteil ist, dass die Wohnungen dann bei Neuvermietungen letztendlich immer teurer werden. Es gibt so gut wie kaum noch bezahlbaren Wohnraum.

Ein weiteres Phänomen ist inzwischen, dass in Berlin vermehrt gependelt wird. Viele Leute, die auf dem Berliner Wohnungsmarkt nichts mehr finden oder nur noch sehr beengt wohnen, versuchen auszuweichen. Im Umland gibt es noch Wohnraum zu bezahlbaren Mieten. Das hat natürlich den Nachteil, dass die Leute lange Anfahrtszeiten haben.

### Gibt es alte und neue Formen der Verdrängung?

In den 2010er und 2011er Jahren konnte man schon sagen, dass Leute mit geringem Einkommen und Hartz IV-Bezieher\*innen aus den Innenstadtbereichen verdrängt worden sind. Diese sind dann an den Stadtrand, Spandau, Marzahn, Hellersdorf, Reinickendorf, in die

alten Plattenbausiedlungen gezogen. Heute ist es so, dass der Leerstand in diesen Siedlungen so gering ist, dass man nicht mehr davon reden kann, dass die Leute verdrängt werden, aus Neukölln etwa nach Spandau. Was es jetzt gibt, das hat Siegmund Gude von TOPOS die »innere Verdrängung« genannt. Immer mehr Leute müssen zusammenrücken und auf immer weniger Quadratmetern wohnen. Das ist eher diese neue Form der Verdrängung, die stattfindet. Und jene, die schließlich wohnungslos werden, landen in Wohnheimen, Hostels oder auf der Straße.

### Wer sind die Akteure der Verdrängung?

Zum einen die renditeorientierten Immobilienunternehmen, die alles ausreizen, was es an Möglichkeiten gibt, die Miete nach oben zu treiben. Es gibt viel flüssiges Kapital, das dringend nach Anlage sucht. Es führt dazu, dass die Grundstückspreise extrem gestiegen sind, und auch die Preise für Eigentumswohnungen haben sich mehr als verdoppelt in den letzten Jahren. Außerdem gelten Immobilien als sichere Anlage im Gegensatz zu Aktien oder was man sonst für Geldanlagen hat. Diese Akteure treiben extrem die Spekulation auf dem Wohnungsmarkt voran.

Ein weiterer wichtiger Akteur ist natürlich das Jobcenter. Das was diese AV Wohnen fest schreibt, was an Mietobergrenzen übernehmbar ist durch das Jobcenter, von den Preisen, die auf dem Berliner Wohnungsmarkt verlangt werden, ist viel zu gering. Das führt dazu, dass immer mehr Leute zuerst versuchen, das selber aufzufangen, durch verschiedenste Möglichkeiten. Das mag auch sein, wenn die Miete geringfügig drüber liegt -30, 40, 50 Euro, dass sich die Leute das absparen von dem, was man an Hilfe zum Leben hat. Problematisch wird es, wenn Nachzahlungen für Betriebskosten oder Heizkosten kommen. Wenn das Jobcenter die Wohnung für nicht mehr angemessen feststellt hat und man nicht ausgezogen ist, oder den Angemessenheitszustand wieder hergestellt hat, was dadurch passieren soll, dass das Jobcenter die Leute auffordert, ein Zimmer unterzuvermieten. Wenn das nicht passiert, dann werden die Betriebskosten in der Gänze nicht übernommen. Die Leute stehen dann teilweise vor einer Nachzahlung von 1.000 Euro oder so. Das können sie meistens nicht aufbringen. Wenn es gut läuft, vielleicht in Raten zu zahlen. Aber oft bricht es den Leuten das Genick. Und sie verschwinden aus den Wohnungen.

### Wie reagiert die Politik darauf?

Völlig unzureichend. Es hat ja bis 2011/12 lange überhaupt keinen nennenswerten Neubau an sozialen Wohnungsbauten gegeben. Es gibt eine riesige Lücke. Die Einen reden von zwei Millionen sozial geförderten Wohnungen, die bundesweit fehlen, Andere sagen, es seien weni-

ger. Es geht um eine sehr bedeutende Größenordnung von sozial gefördertem Wohnungsbau, der nicht vorhanden ist. Und es ist nicht abzusehen, dass das in absehbarer Zeit durch die sozialen Wohnungsbauprogramme in einer Größenordnung erreicht wird, die dem Notzustand entsprechen würde. Ansonsten versucht die Politik auf kommunaler Ebene gegenzusteuern durch so etwas wie Milieuschutz, sie versucht die Zusammensetzung eines Kiezes zu erhalten, dadurch dass man bestimmte Vorgaben machen kann bei Modernisierung oder dass man die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen untersagen kann. Probleme bei all diesen Gesetzen, ähnlich wie bei dem Gesetz zur Mietobergrenze, ist, dass diese alle so schwammig formuliert sind und so viele Ausnahmen zulassen, dass die Wirkung nur sehr punktuell stattfindet. In bestimmten Kiezen geht die Umwandlung einfach ungebrochen weiter.

### Warum reagiert die Politik so spät?

Die Politik reagiert so spät, weil die damalige Stadtentwicklungssenatorin noch 2011 behauptete, die Leerstandsquote in Berlin sei so hoch, dass es keine Notwendigkeit gebe, neu zu bauen. Das würde ausreichen, um die Wohnungsnachfrage zu bedienen. Seit 2011 hat sich in Berlin eine mietenpolitische Bewegung formiert, mit einer großen Demo vor der Wahl. Danach hat die Politik zumindest die Notwendigkeit gesehen, da politisch zu intervenieren und zu versuchen, Abhilfe zu schaffen. Das ist sehr massiv mit angestoßen worden von der mietenpolitischen Bewegung. Das andere ist, dass es inzwischen nicht nur um Leute geht, die in dieser inneren Verdrängung leben oder aus der Stadt verdrängt werden, die als »sozial schwach« bezeichnet werden, sondern das betrifft auch Leute mit unteren oder mittleren Einkommen, die nicht mehr in der Lage sind, mit ihrem Einkommen eine adäquate Wohnung neu zu finden und so in ihren eigenen alten Wohnungen begrenzt weiter wohnen werden. Es gibt Zahlen von 2014. Danach geben 43 Prozent aller Mieterhaushalte knapp mehr als 30 Prozent für ihre Bruttokaltmiete aus. Knapp zehn Prozent aller Hauptmieter haben eine Bruttokaltmietbelastung von 45 Prozent und mehr. Dazu kommt, dass in Berlin nach dem Mikrozensus 2014 42,5 Prozent der Hauptmieterhaushalte nicht mehr als über ein Haushaltsnettoeinkommen von 1.500 Euro verfügen. Das ist eine große Zahl, für die ihre mit der Mietzahlung ein immer größeres, drückendes Problem wird. Und natürlich werden die Möglichkeiten, dem auszuweichen oder umzuziehen, immer begrenzter. Das schafft für die Politik einen Handlungsdruck, weil man darauf angewiesen ist, Berlin als attraktive Stadt zu vermarkten und auch dementsprechende Arbeitskraft nach Berlin kommen zu lassen.

Wenn man keinen adäquaten Wohnraum mehr zur Verfügung stellen kann, dann funktioniert das alles nicht mehr.

### Was wäre die Lösung für den Wohnungsmarkt?

Das wäre ein neues kommunales soziales Wohnungsbauprogramm in der Größenordnung von 100.000 Wohnungen für Berlin in den nächsten Jahren. Es ist momentan nicht abzusehen, dass es dazu kommen wird. Die gesamte Politik Berlins hat die Schuldenbremse im Kopf verinnerlicht. Keine/r kann sich vorstellen, dieses Geld aufzubringen, um überhaupt so ein Programm - noch nicht einmal in der halben Größenordnung - starten zu können. Da ist nichts Großes zu erwarten. Trotz des Neubaus, Aufstockung und Zukäufen von städtischen Wohnungsunternehmen wird sich der Wohnungsmarkt in absehbarer Zeit nicht entspannen.

Das Zweite, was wichtig ist: dass man nach realem Bedarf guckt. Das kann man darüber erreichen, dass man versucht, die Mieter\*innen in den gesamten Bedarfsprozess wesentlich mehr einzubinden, zu gucken, auch wie und was gebaut wird. Es geht nicht darum zu sagen, wir bauen jetzt 100.000 soziale Wohnungsbauten, die sind alle gleichförmig, möglichst preiswert. Sondern es geht auch darum, bestimmte soziale Standards zu erhalten und nicht zurückzuschrauben, bestimmte Mindestbedarfe je Quadratmeter pro Person, aber auch die Möglichkeit zum nachbarschaftlichen Treffen, die mit eingebaut werden sollte.

### ANZEIGE



TREND ZU KLEINSTWOHNUNGEN

## Living in a box



▲ Container-Siedlung für Geflüchtete

Foto: Matthias Coers

In Zeiten eines Mangels an bezahlbarem Wohnraum folgen viele Architekten und Entwickler der Maxime »Optimierung aller Kosten« - und sprechen sich damit für die Verdichtung der Baustruktur und einer Reduktion der individuellen Wohnflächen aus. Das bisherige Selbstverständnis eines guten Wohnens wird grundlegend hinterfragt. Stellen Kleinstwohnungen also die Wohnform der Zukunft dar oder doch nur eine regressive Utopie?

JOACHIM MAIWORM, BERLIN

Die neue Wohnungsnot scheint wieder zurück in die Kleinstwohnungen vergangener Tage zu führen. Tatsächlich kamen die Durchschnittseinwohner in Deutschland der Nachkriegszeit mit 20 m<sup>2</sup> aus, Ende 2015 lag der Wert nach Angabe des Statistischen Bundesamtes bereits bei 46,2 m<sup>2</sup>. Hinter diesem Mittelwert versteckt sich jedoch eine große Bandbreite unterschiedlicher lokaler und persönlicher Konstellationen. In einem Ballungszentrum wie Berlin beträgt die durchschnittliche Wohnfläche nur 38,5 m<sup>2</sup>. Wenn es gelänge, so Ricarda Pätzold vom Deutschen Institut für Urbanistik, diesen Flächenverbrauch auf 30 m<sup>2</sup> zu reduzieren, könnte Berlin auf der gleichen Wohnfläche 28 Prozent mehr Einwohner aufnehmen – und das Wohnungsproblem wäre gelöst, wie die Immobilien Zeitung am 4. Mai diesen Jahres berichtete.

### Zwischen Wohngemeinschaft und Kleinstwohnung

Gegen eine rein quantitative Betrachtung des Problems wendet sich dagegen die Trendforscherin Oona Horx-Strathern. Eine innerstädtische Verdichtung allein reiche nicht aus. Beim Jahreskongress Temporäres Wohnen Ende April in Köln gab sie das Motto vor: »Square metres are share metres«. Die Nachfrage nach Wohnraum dürfe zukünftig nicht von der Zahl der Quadratmeter bestimmt werden, sondern von der Qualität der Gemeinschaftsflächen. Nach dem Prinzip »Vom Zimmer zum Cluster« soll die »Share Economy« auch in der Wohnungs-

wirtschaft vermehrt Einzug halten. Auch die von der Bundesregierung eingesetzte Baukosten senkungscommission empfahl in ihrem Endbericht im November 2015 Mikrowohnungen mit Gemeinschaftseinrichtungen in Innenstadtlagen, um »markt- und mietengerecht Wohnraum zur Verfügung zu stellen«. Dabei sollte ein späteres Zusammenlegen und Trennen von Wohneinheiten möglich und durch das gemeinschaftliche Nutzen des Wohn-, Ess- und Küchenbereichs Einsparungen beim Flächenverbrauch pro Person erzielbar sein.

In Cluster-Wohnungen, angepriesen als Kreuzung von klassischen Wohngemeinschaften und Kleinwohnungen, gruppieren sich mehrere private um gemeinschaftlich genutzte Bereiche. Der Spagat zwischen Privatsphäre und Gemeinschaftsgefühl soll gelingen, indem alle Bewohner ihr eigenes Zimmer oder Appartement besitzen, Küche und andere Gemeinschaftsräume dagegen allen gehören. Cluster gelten für viele Architekten und Soziologen als Zukunft der modernen Städte, da sie verdichtetes Bauen ohne Einbußen bei der Wohnqualität gewährleisten – sofern die Menschen bereit sind für persönliche Begegnungen. Sie bilden danach die zeitgemäße Antwort auf die »Wohnmaschinen« der 1920er und 30er Jahre, in denen Kleinfamilien lebten und standardisierte Grundrisse vorherrschten.

Aber Cluster-Wohnen in Neubauten mit flexiblen Schnitten oder aufwändig umgewandelten Altbauwohnungen können sich in erster Linie Angehörige der Mittelschicht leisten. Vor dem Hintergrund der seit 2015 verstärkten Migrationsbewegung wird in Deutschland die Lösung der Wohnraumfrage deshalb von Planungsbüros eher im günstigen Segment unterhalb der Preisschwelle eines vollwertigen Neubaus gesehen. Der Architekt Jörg Friedrich, Hochschullehrer in Hannover, stellt die Frage, wie bezahlbares Wohnen für sieben oder acht Millionen einkommensarme Menschen garantiert werden kann. Er setzt auf Wohnkonzepte auf kleinstem städtischen Raum, auf eine Nutzung von Baulücken und Flachdächern, sogar Schrebergarten-Siedlungen. Er schlägt durchmischte Standorte vor, an denen Wohngruppen für Flüchtlinge mit anderen Wohnformen kombiniert werden, wie in Studentenwohnheimen und Seniorenheimen, in denen immer ein Anteil an Flüchtlingswohnungen zu integrieren sei. Aus den Unterkünften für Flüchtlinge sollten später Wohnungen für Studenten oder andere Bevölkerungsgruppen werden können. In seinem Buch »Refugees Welcome« von 2015 präsentiert er verschiedene Projektplanungen seiner Studierenden für ein inklusives Wohnen von Flüchtlingen. Zwei Studentinnen stellen zum Beispiel ihre Ideen unter dem Motto »Wir wohnen im Zug« vor. In einem alten Güterbahnhof in der Nordstadt Hannovers sollen umgebaute Waggons als Wohnstätte dienen. Ein anderer Student denkt darüber nach, wie ehemalige Binnenschiffe auf innerstädtischen Wasserflächen für temporäres Wohnen umgebaut werden können (Projekt-

name: »Floating Houses«). Trotz aller Bemühungen, experimentelle »Architekturen des Ankommens« zu schaffen, die auf eine soziale Durchmischung und einer gesellschaftlichen Integration abzielen, erinnern diese Planungen jedoch sehr stark an die architektonischen Konzepte der 1920er Jahre.

### Wohnen so lange der Sauerstoff reicht

Nach dem ersten Weltkrieg fehlten in Deutschland etwa eine Millionen Wohnungen für die proletarisierten Massen. Eine Lösung des Problems wurde im Bau von Kleinstwohnungen gesehen, die auch »Wohnungen für das Existenzminimum« genannt wurden. Charakteristisch waren eine radikale Grundrissreduzierung bei Beibehaltung eines möglichst hohen wohn technischen Standards. Dabei wurden Wohnflächen von 40 bis 45 m<sup>2</sup> für Kleinfamilien vorgesehen. Räumliche Enge sollte durch hohen technischen Komfort und Einbaumöbel ausgeglichen werden. Die Avantgarde-Architekten um Walter Gropius waren fasziniert von tayloristischen Produktionsabläufen, Technik und Maschinen und orientierten sich als Maß für die Reduktion des Wohnens an den Bedingungen in D-Zugabteilen und Schiffskabinen. Die Grenzen der Minimierung von Luft und Raum wurden aber letztlich biologisch definiert und damit quasi als unveränderliche Konstanten wissenschaftlich begründet. So erklärte auf dem II. Internationalen Kongress für Neues Bauen im Oktober 1929 in Frankfurt der Bakteriologe und Hygieniker Max Neisser, dass 12 m<sup>2</sup> Fläche bzw. 32 cbm Luftraum für zwei Personen, die nicht körperlich arbeiten, ausreichen, um den Kohlensäuregehalt in der Wohnung nicht über ein unzumutbares Maß ansteigen zu lassen. Mit dieser Frage setzten sich Hartmut Häussermann und Walter Siebel in ihrem Band »Soziologie des Wohnens«, das 1996 erschien, auseinander. Diese Maßgabe gilt offensichtlich noch heute, wenn etwa das Berliner Wohnungsaufsichtsgesetz für die Überlassung einzelner Wohnräume an erwachsene Personen eine Wohnfläche von mindestens 6 m<sup>2</sup> vorschreibt oder die Bundesländer Mindeststandards für Wohnflächen zwischen 6 und 7 m<sup>2</sup> in Gemeinschaftsunterkünften für geflüchtete Menschen und Obdachlose festschreiben.

Das wissenschaftlich hergeleitete Minimum der Wohnung verschleierte in den 1920ern, dass die neue Kleinstwohnung ein Resultat der ökonomischen Krise war und die Architekten die politische Vorgabe einer Reduzierung der Baukosten konsequent vollstreckten. Offensichtlich sahen es damals wie heute Architekten als kreative Herausforderung an, für einkommensarme Menschen auf Basis knapper Budgets eine finanzierbare »Ration Wohnung«, wie Walter Gropius es ausdrückte, zu entwerfen. Die Ideenwerkstatt Wohnraum für alle!, getragen vom Deutschen Werkbund Bayern, veröffentlichte im März 2016 innovative Vorschläge von Fachleuten für einen bezahlbaren und schnell zu errichtenden Wohnungsbau. Auch

hier wieder die bekannten Prämissen: Geltende Standards seien zu hinterfragen und zu überlegen, wie weit eine Reduzierung der individuellen Wohnfläche möglich sei, ohne qualitativ volles Wohnen in Frage zu stellen. Die Entwürfe sollten Gemeinschaftsleben fördern und eine Gettoisierung der Bewohner verhindern. Ein präsentiertes Projekt mit dem Titel »Living BIG in a tiny Home« sieht Gebäude mit 28 Wohneinheiten à 28 m<sup>2</sup> vor, verschiebbare Wände mit integrierten Klappbetten inklusive. Das Expertengremium konnte überzeugt werden: Trotz des »absolut minimierten Grundrisses« könne auf Basis dieses Entwurfs eine »ansprechende Wohnsituation« geschaffen werden.

### Postmoderne Wohnungsnomaden

Richtig ist, dass eine Ausdifferenzierung der Lebensstile, neue Wohnbedürfnisse und ökologische Erfordernisse architektonisch abgebildet werden müssen. Dazu kann die Reduzierung der individuellen Wohnflächen bei gleichzeitiger Schaffung von gemeinschaftlich genutzten Flächen gehören. Aber auch gute Intentionen schlagen in verschärften ökonomischen Krisensituationen oft in ihr Gegenteil um und führen zu miserablen Ergebnissen. Ausgeblendet wird in der Architekturdebatte deshalb weitgehend, dass eine rein ökonomisch induzierte Reduzierung bislang geltender Standards auch den Weg zu »besseren Barackenbauten« ebnet oder zu Wohnboxen mit 6,4 m<sup>2</sup> Grundfläche führen kann, wie sie von der Tinyhouse University des Architekten Van Bo Le-Mentzel, dem Erfinder von »Hartz-IV-Möbeln«, beworben wird. Viele Ideen und Projekte werden als Ausdruck einer bescheidenen und umweltfreundlichen Lebensweise verklärt, die mahnende Suggestivfrage »Wie viel Wohnen können wir uns noch leisten?« schwingt oft ungesagt mit. Dass dieses »Wir« in der Regel nicht hinterfragt wird, passt ins Bild. Die vorliegende Literatur zum Thema ignoriert folglich beharrlich den übermäßigen Flächenverbrauch gutsituierter Haus- bzw. Wohnungseigentümer und Mieter. Ebenso, dass die Maxime des »Zusammenrückens« bereits zunehmend spürbar wird – beispielsweise in Form einer Überbelegung von Wohnungen (weniger Zimmer als Haushaltsmitglieder) durch Beziehende von Grundsicherungsleistungen. Dass Substandard-Provisorien für geflüchtete Menschen zu Dauereinrichtungen mit Nachnutzung werden, dass gut gemeinte und kreativ geplante Miniwohnungen und -häuser mit integrativem Anspruch in der Realität zu reinen Stau- und Stapelräumen ohne ästhetischen Reiz mutieren und der gegenwärtige Hype um das temporäre Wohnen für die postmodernen Arbeitsnomaden Standards für alle dauerhaft absenken können – diese Gefahr bleibt in der Diskussion weitgehend unterbelichtet. Wer weiß, ob das in der Berliner Verfassung verankerte Recht auf einen »angemessenen« Wohnraum nicht eines Tages auch auf 6 m<sup>2</sup> Wohnfläche für jeden eingedampft wird.

ANZEIGE

**DIE SINNE SCHÄRFEN!!! JETZT TESTEN:**

**ak**

analyse & kritik  
Zeitung für linke  
Debatte und Praxis

4 Ausgaben für 10 €  
Bestellungen: [www.akweb.de](http://www.akweb.de)



EIGENSTÄNDIGES WOHNEN » PSYCHISCH KRANKE«

## Wenn eigene vier Wände Luxus werden...



▲ Für immer mehr Menschen wird die Wohnungssuche in den Städten eine echte Herausforderung

Foto: Matthias Coers



▲ »Quasi-Favela« auf der Cuvry-Brache

Foto: Matthias Coers

Wohnungssuche in Berlin kann sehr lange dauern, insbesondere wenn Menschen durch Beeinträchtigungen auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Daher steigt die Zahl der Wohnungslosen stetig. Selbstbestimmtes, eigenständiges Wohnen für Menschen mit psychischen Erkrankungen wird daher immer seltener möglich.

ANNE ALLEX, BERLIN

Eigenverantwortung ist in Mode. Jede\_r schützt sich selbst. Mit Psychose oder Depression geht das schlecht. Psychologische Gutachten aber können Job und Wohnung kosten. Denn eine Feststellung »psychischer Erkrankungen« oder »Verhaltensstörungen« kann in Therapien und Angeboten ambulanten Wohnens münden.

Für ambulantes Wohnen gelten verschiedene Konditionen. So verlang-(t)en manche Einrichtungen des Betreuten Einzelwohnens (BEW) mit kurz- oder längerfristigen Therapien eine Wohnungskündigung. Wacht jemand überraschend in der geschlossenen Psychiatrie auf, kann sich nicht entfernen und hat keine\_n Betreuer\_in zur Mietzahlung und Ämterkommunikation, ist wahrscheinlich die Wohnung futsch. Ist wegen temporärer seelischer Nöte die Miete nicht entrichtet, stehen Mietschulden, stehen Kündigung oder Zwangsäumung an. Dann ist BEW oft die einzige Aussicht für ein Dach überm Kopf. Mitunter steht ein gesetzlich bestellter Betreuer in der Tür, der inzwischen das Aufenthaltsbestimmungsrecht, die Gesundheits- und Vermögenssorge hat. Schützen kann eine Patientenverfügung mit Vorsorgevollmachten mit Eintragung bei der Bundesnotarkammer. Eine Geschäftsfähigkeitserklärung des Hausarztes ist hilfreich. Dann sind Vertraute als Ansprechpartner vorhanden, die sich bei Abwesenheit um alles kümmern. Die Gefahr plötzlicher Fremdverwaltung ist gebannt.

In Deutschland sind 44 Millionen Personen beschäftigt, nur 24,1 Millionen Vollzeit. 2,4 Millionen haben zwei oder drei Jobs. »1-Euro-Jobbe-

rInnen«, AufstockerInnen, 350.000 Personen in Werkstätten für behinderte Menschen mit Hartz IV- und Sozialhilfeleistungen sind erwerbstätig. Seit Jahrzehnten finden immer weniger körperlich, lern- oder seelisch Beeinträchtigte Erwerbsarbeit. Für Juli 2016 wies die Bundesagentur für Arbeit 4,8 Millionen Unterbeschäftigte (inklusive Aufstocker bis 15 Stunden pro Woche, Erwerbslose (mit Behinderungen) und weitere Erwerbsfähige) aus. Seelisch Beeinträchtigte in eignen Wohnungen, bei Eltern, in BEW oder auf der Straße sind ungezählt. Doch die Sozialleistungen reichen oft nicht zum Leben. Denn Grundstückspekulationen, Wohnraumprivatisierung und hochpreisiger Neubau treiben unerbittlich die Wohnungsmieten hoch. Seit 2008 verschärft sich die Wohnungsnot. »Psychisch Erkrankte« finden selten Wohnungen. Wenn doch, sind diese mit unter 35 m<sup>2</sup> zu klein (Landessozialgericht Hessen, Urteil vom 12.03.2007–Aktenzeichen L 9 AS 260/06). Oder sie landen bei dubiosen Vermietern. Seither denkt Berlin über Armenunterbringung in Modulen Unterkünften nach, in denen selbst dunkle Zimmer für mehrere Personen vorgesehen sind.

Kommunale Richtwerte der Ausführungsvorschriften zum Wohnen (AV Wohnen) hinken den realen Mieten vier Jahre hinterher. Bedürftige stehen ständig unter Druck und erkranken körperlich oder seelisch. Da wirken Härtefallwerte für Hartz IV- und Sozialhilfe-Bezieher lachhaft. Für schwer behinderte BerlinerInnen, die auf Hartz IV oder Sozialhilfe angewiesen sind, waren 2016 Mieten bis 495 Euro erlaubt. Die liegen längst höher. Daher können viele die Wohnung nicht halten. Absurd wirkt ein Zuschlag von 20 Prozent für Wohnungssuchende. 2016 kostete die Wohnung für eine Person schon 540 Euro. Miete plus Neuvermietungszuschlag betrug 2013 bereits 540 Euro, inzwischen sind es 580-600 Euro. Sozialrechtliche Vorschriften zu Mieten und Mietspiegel halten letztlich arme und/oder kranke, behinderte Menschen von Wohnungen fern. Viele leben nach Zwangsäumungen auf der Straße, in öffentlichen oder privaten Notunterkünften oder

in Eingliederungshilfen. Das Bundesteilhabegesetz orientiert ab 2022 auch »psychisch Kranke« auf Pflegeheime. Für die ambulante Betreuung in den eigenen vier Wänden gaben Sozialämter 2006 rund 7.400 Euro pro Person aus, für die Heimversorgung hingegen 26.000 Euro. Würde der § 22a Absatz 3 des zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II) in einem schlüssigen Konzept durchgesetzt, fände sich »einfacher Standard« in allen Angebotssegmenten. In Berlin müssten alle Wohnungen mit Heizung, Bad mit Toilette/ Wanne gezahlt werden. Dieser Paragraph berücksichtigt ausdrücklich lokale Differenzen: »Die Bestimmung der angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung soll die Verhältnisse des einfachen Standards auf dem örtlichen Wohnungsmarkt abbilden. Sie soll die Auswirkungen auf den örtlichen Wohnungsmarkt berücksichtigen[...]«.

Erfolgsmeldungen der Stadt Berlin zu neuen Wohnungskontingenten können seelisch Beeinträchtigte nicht trauen. Denn Geflüchtete mit Anspruch auf 46 Euro pro Person und Tag hatten bei Vermietern Vorfahrt. Selbst 6,50 Euro Kaltmiete/m<sup>2</sup> plus 2,54 Euro Nebenkosten/m<sup>2</sup> bei 50 qm<sup>2</sup> Wohnfläche sind mit 452 Euro Warmmiete für eine Umzugsgenehmigung der Jobcenter zu viel. Die AV-Wohnen nennt die Kaltmiete von 5,71 Euro. Daher unterschreiten Wohnflächen häufig die 50 m<sup>2</sup>. Für Einzelpersonen mit Wohnberechtigungsschein mit bis 1.400 Euro Bruttoeinkommen sieht das Wohnungsamt nur ein Zimmer vor. Aber in Berlins Neubauten finden sich weder Spüle noch Herd, Vermieter vermieten nur mit Estrich. Jobcenter und Sozialämter zahlen zwar den Fußbodenbelag, nicht aber seine Verlegung. Neuerdings sollen Arme nichtige Mieterverträge unterschreiben, die zu drei Vierteln Bestimmungen enthalten, die bereits 2010 und davor vom Bundesverfassungsgericht als unzulässig kassiert wurden.

Wohnbetreuung hat Konsequenzen: Leute werden in der Wohnungselbstverwaltung entkonditioniert. Am Maßnahmeende brauchen sie eine Wohnung oder sind wohnungslos. Haben

sie eine Wohnung, zahlt das Jobcenter direkt an den Vermieter. Das ist unsicher. Denn Ursache von Zwangsäumungen ist oft die Nichtzahlung der Ämter. Menschen mit »psychischen Krankheiten« und »Verhaltensstörungen« oder HIV werden in NRW datentechnisch polizeilich gesondert erfasst. Im Nationalsozialismus wurde gegen »Erbkranke« und »Offentüberkulöse« polizeilich ermittelt. Seit 2008 werden in Berlin Menschen in seelischer Not, mitunter auch körperlicher bei Sozialen Trägern in Randgebieten Berlins, wie etwa Spandau oder Marzahn, Hellersdorf oder Wartenberg länger als kurzzeitig zentralisiert, »betreut«, gescreent und geprofilert. Doch selbst diese Einrichtungen des betreuten Wohnens sind durch Privatinvestoren bedroht.

In ihrer aktuellen Veröffentlichung schätzt die BAG Wohnungslosenhilfe e.V., dass im Jahr 2018 etwa 1,2 Millionen Menschen in Deutschland wohnungslos sein werden. Seit 2016 bezieht die BAG W auch anerkannte MigrantInnen in ihre Berechnungen mit ein. Dementsprechend hat sich die, durch die BAG W erfasste Zahl der Wohnungslosen verdoppelt auf 860.000 Wohnungslose. Davon leben 52.000 Menschen auf der Straße. Die Zahl der Kinder und minderjähriger Jugendlicher lag bei 8 Prozent (32.000), der Anteil erwachsener Männer bei 73 Prozent (290.000), der Frauenanteil bei 27 Prozent (100.000) und der MigrantInnenanteil bei 50 Prozent (440.000). Wohnungslose sind behördlich ungezählt. Bereits 2014 waren 172.000 Haushalte vom Wohnungsverlust akut bedroht.

Zu den durch die BAG W erfassten Wohnungslosen kommen noch viele hinzu. Es lebten etwa 170.000 Menschen in öffentlichen oder privaten Notunterkünften, hinzu kamen trotz Wohnungslosigkeit Sozialleistungen Beziehende, die bei Freunden, Eltern, Großeltern, in Lauben, Wohnwagen, Gärten unter kamen. Daneben wohnen bundesweit 743.129 Menschen stationär im Pflegeheim, 957.000 in Psychiatrien und 350.000 Menschen in BEW. 2014 waren beinahe 2,9 Millionen Menschen ohne eigene Wohnung.

### INFORMELLES WOHNEN IN BERLIN

## Zufluchtsort oder hartes Pflaster?

ANNE SEECK, REDAKTION BERLIN

»Informelles Wohnen ist Teil der Berliner Realität geworden. Berlin kann der gesetzlichen Verpflichtung, jedem Bedürftigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, gar nicht nachkommen. Es gibt also viele Menschen, die sich informell Unterkünfte beschaffen müssen,« berichtet der Berliner Stadtsoziologe Andrej Holm in einem Interview gegenüber der Berliner Morgenpost bereits im Januar 2015. Bislang ging es bei der unerlaubten Nutzung von leeren Häusern und Grundstücken um alternative Lebensformen: Es wurden Wagenburgen, Hüttendörfer, Zeltsiedlungen, alternative Wohnprojekte errichtet und Häuser besetzt. Heute bilden sich zunehmend informelle Siedlungen aus blanker Not und werden deshalb zu einem »harten Pflaster« für die Bewohner\*innen. In einem Bericht der Welt vom 26. April 2016 wird Nicu vorgestellt. Er kommt aus Rumänien, lebt in Berlin in einem wilden Camp, in dem EU-Bürger\*innen ohne Sozialhilfansprüche wohnen. Am Ku'damm schlagen sie sich als Bettler, Flaschensammler oder Fensterputzer durch. »Die Zelte sind Holzgerüste, notdürftig

zusammengezurrt und mit Planen bedeckt. Nicu schlägt die Plane über einem Verschlag zurück. Eine Matratze, Wolldecken. Es riecht muffig.« Auch hier, wie auf der Cuvrybrache: Kein Wasser. Kein Strom. Keine Toiletten. »Nicu sagt, falls das Lager geräumt werde, schlafe er eben unter einer Brücke. Das Leben sei überall besser als zu Hause.«

Zeltsiedlungen existieren mittlerweile in London, Paris, Rom und Hamburg sowie an den Migrationsrouten nach Europa. Informelle Siedlungen werden in der Verwaltungssprache »Behausungen auf ungenutzten Flächen« genannt, die Menschen ohne behördliche Genehmigung einrichten. Genaue Zahlen für Berlin gibt es keine. »Der einzige staatliche Umgang mit informellen Siedlungen scheint derzeit die Repression durch Ämter und Polizei zu sein,« so Stefan Hernadi im MieterEcho 2/15. Ziel des Senats sei es nicht, informelles Wohnen zu dulden. Ein Beispiel war die Cuvrybrache in Kreuzberg, auf der Tagelöhner, Alternative und Obdachlose lebten. Nach einem Brand erfolgte eine Räumung der 120 Bewohner\*innen der Cuvry-Siedlung praktisch durch die Hinter-

tür. Die Cuvry-Siedlung existierte zweieinhalb Jahre, von 2012 bis 2014. »Free Cuvry« war der Slogan, mit dem sich Unterstützer\*innen und Bewohner\*innen für den Erhalt der Siedlung einsetzten. Andererseits stiegen die inneren Spannungen deutlich an. Es lebten sehr viele Menschen auf der Brache, was den Lärmpegel, die Müllberge und den Druck auf die ohnehin schon unzulänglichen sanitären Einrichtungen deutlich erhöhte. Die Aggressivität wuchs. Dort fanden Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis und ohne Zugang zu Sozialleistungen Unterschlupf. Und es gab »Aussteiger«, die mitunter auf die Ressourcen ihrer bürgerlichen Familien zurückgreifen konnten, aber in der Siedlung leben wollten. Viele Journalisten reduzierten die »Cuvry« auf »Dreck, Ratten und Besoffene«-Klischees. In der Öffentlichkeit wurde die »Cuvry« dämonisiert oder idealisiert.

Das Buch »Der lange Kampf« ist eine Gegenüberstellung, die die realen Ereignisse erläutert und jenen eine Stimme gibt, die zumeist von den Medien ignoriert werden. Das Resümee des Autors: »Die Siedlung an der Cuvrystraße hatte verschiedene Bedeutungen: Sie war ein Obdach.

Sie war ein Rückzugsraum. Sie war ein Kunstort. Sie war ein Experiment. Sie war ein Ärgernis. [...] Vielleicht bleibt am Ende nur eine Schlussfolgerung, die aus ihrer Existenz und ihrem Untergang zu ziehen ist: »Organisiert euch!«.

Niko Rollmann, *Der lange Kampf, Die »Cuvry«-Siedlung in Berlin, Berlin 2016, Herausgegeben im Selbstverlag, 80 Seiten, 18 Euro (Versand zzgl. Porto und Verpackung)*  
ISBN: 978-3000530425  
Bestellung: [cuvry-siedlung@gmx.de](mailto:cuvry-siedlung@gmx.de)

### ANZEIGE

**SSM eBay-Shop**

Einführung in die  
**Gesellschaftstheorie**  
Gesellschaft, Wirtschaft  
und Staat bei  
Marx und Weber



[stores.ebay.de/ssmsale2012](https://stores.ebay.de/ssmsale2012)

## SCHWERPUNKT WOHNUNGSNOT UND STADTRAUM



STADTSPAZIERGANG DURCH DEN LOBBYDSCHUNDEL

## Durch die Mitte Berlins, wo Reiche und Mächtige residieren

Die Mitte Berlins ist durch einen »Siegessäule finanzieller Akteure« gekennzeichnet. Nirgendwo ballt sich die Macht so stark in Deutschland, das verdeutlicht »LobbyPlanet - Der Reiseführer durch den Lobbydschungel« von LobbyControl.

ANNE SEECK, REDAKTION BERLIN

Wir, die Autorin und die Fotografin, beginnen unseren Spaziergang am Schloss. Dafür wurde der Palast der Republik demonstrativ abgerissen. An der Baustelle vorbei gelangt man zu dem repräsentativen Gebäude »Unter den Linden 1«. Ein schwarzer Schlitten steht vor dem Gebäude, in dem Bertelsmann residiert. Ein Security-Mann mit schwarzem Anzug kontrolliert am Eingang. Die Touristen flanieren vorbei. An dieser Stelle befand sich ehemals die Kommandantur, die im Zweiten Weltkrieg teilweise zerstört wurde. Bertelsmann erwarb das Grundstück unter der Auflage, die klassizistische Außenfassade originalgetreu wieder aufzubauen. 2003 fertiggestellt, geben sich hier die Vertreter\*innen der politischen und wirtschaftlichen Eliten die Klinke in die Hand. Die Bertelsmann Stiftung mit dem Stifter Reinhard Mohn propagiert das Leitbild eines schlanken Staates und spielt den wirtschaftlichen Interessen des Konzerns in die Hände. Die Denkfabrik redet bei fast allen politischen Themen mit.

Weiter geht es zu der Hauptstadtrepräsentanz der Deutschen Bank, Unter den Linden 13-15. Das Gebäude hatte die Deutsche Bank 1992 für 310 Millionen D-Mark gekauft. Das Unternehmen wirbt gerne Entscheidungsträger an, so verpflichtete es 2007 Alan Greenspan, der damals aus dem Amt Chefs des US-Notenbankchefs ausschied, oder Thomas Matussek, der zuvor im Auswärtigen Dienst unter anderem als Botschafter tätig gewesen war. Noch praktischer war es, dass Vertreter\*innen der Deutschen Bank bis 2008 in verschiedenen Regierungsgebäuden einen eigenen Schreibtisch hatten, und zwar im Auswärtigen Amt, im Arbeits-, Bildungs-, Finanz-, Gesundheits-, Innen- und Wirtschaftsministerium.

Die nächste Station gehört dem großen Autobauer Volkswagen, der mit seiner imposanten Hauptstadtrepräsentanz »Unter den Linden 21« residiert. Auf einer großen Glasfassade prangt der Schriftzug »Volkswagen Group«. Der ehemalige VW-Personalchef Peter Hartz initiierte die Hartz-Kommission. Die Ergebnisse der Kommission dienten als Vorlage für die Hartz-Reformen, die ab 2003 umgesetzt wurden. Gern holt sich VW Leute aus der Politik, so Thomas Steg, stellvertretender Regierungssprecher unter Schröder, unter Merkel weiter beschäftigt. Nun erreichen wir die Friedrichstraße mit zahl-



▲ Touristenbus vor dem Max-Liebermann-Haus am Brandenburger Tor, Eigentümerin ist die Harald Quandt Grundbesitz KG

Foto: Beatrice Kreuzer

reichen Geschäften wie dem Dussmann Kulturkaufhaus und noch mehr Touristen. Beschaulich geht es an der Georgenstraße gegenüber dem Bahnhof Friedrichstraße zu. Vor dem Haus der INSM stehen allerdings viele Gasflaschen. Drei Polizeiwagen ein Haus weiter. Wer hätte es gedacht: Unter der Hausnummer 22 befindet sich der Sitz der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Diese wurde 2000 von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie gegründet. Seit Juli 2012 sitzt der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement, der in seinem Report »Vorrang für die Anständigen« Erwerbslose als »Parasiten« beschimpfte, im Kuratorium der INSM. Wolfgang Clement war bzw. ist u.a. Aufsichtsratsmitglied

der Deutsche Wohnen AG, Vorstandsvorsitzender der Denkfabrik von Adecco, Aufsichtsratsmitglied der RWE Power AG, Mitglied des Stiftungsrats der Dussmann-Gruppe.

Nur weg. Wir fahren eine Station mit der S-Bahn bis zum Brandenburger Tor. Am Pariser Platz ist ein Menschaufmarsch. Kameras. Polizei. Kate und William in Berlin. Auf dem Balkon des Max-Liebermann-Hauses, in dem die Commerzbank residiert, stehen Männer mit weißen Hemden, Schlips und dunklen Hosens, zwei Männer mit schwarzen Anzügen und schwarzen fetten Aktentaschen. Der Vorgängerbau des Hauses wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Der Neubau wurde zwischen 1996 und 1998 in Anlehnung an das ursprüng-

liche Gebäude errichtet. Eigentümerin ist die Harald Quandt Grundbesitz AG. Die Familie Quandt gehört zu den reichsten Familien in Deutschland. Während die Massen auf Kate und William warten, konzentrieren wir uns auf das ganz unscheinbare Haus des Familienunternehmens am Pariser Platz 6a. Im Jahre 2012 hat die Stiftung Familienunternehmen dort ihre Repräsentanz errichtet. Im 35-köpfigen Kuratorium tummeln sich Vertreter\*innen von großen Unternehmen wie Henkel oder Superreichen wie Kärcher. Die Superreichen bestehen praktisch ausschließlich aus Familienunternehmen. Sie haben ihren Reichtum als Unternehmenserbe erworben, siehe die BMW-Erbenfamilie Quandt/Klatten. Sie kämpfen vor allem gegen eine höhere Besteuerung von Reichtum, gegen die Erbschaftssteuer und die Vermögenssteuer. Jetzt gehen wir die Wilhelmstraße herunter. Die Versicherungswirtschaft sitzt unscheinbar in einem Gebäude kurz vor der Ecke Leipziger Straße. Die Mitgliedsunternehmen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft hielten 2015 ein Anlagekapital von etwa 1,4 Billionen Euro. Die enormen Finanzmittel verschaffen ein großes Drohpotential, so sorgte die Versicherungswirtschaft für eine rot-grüne Steuerreform zugunsten der Unternehmen, nachdem Oskar Lafontaine seinen Posten als Finanzminister aufgegeben hatte. Und weiter geht es über die Leipziger Straße zum Finanzministerium in der Wilhelmstraße 97: Gitter am Eingang. Kameras. Europa- und Deutschlandfahne. Der Monumentalbau wurde 1935/36 von den Nationalsozialisten errichtet. Nach 1990 saß dort die Treuhandanstalt. Man hat beste Kontakte zur Finanzbranche.

Im Reiseführer »Lobbyplanet« werden mehrere Routen vorgeschlagen, die die Leser\*innen selbst zu Fuß oder mit Rad begehen können. Sehr interessant sind z.B. die Routen zur Gesundheitslobby sowie zur Energielobby. Auch die Rüstungslobby mit Diehl, Krauss-Maffei-Wegmann (KMV), Rheinmetall und Airbus macht sich in der Mitte Berlins breit. Nicht zu vergessen die Anwaltskanzleien wie Alber und Geiger, WilmerHale und Freshfields, die dort angesiedelt sind. Die Kanzleien sind im Lobbygeschäft sehr aktiv. Auch die Treffpunkte der Lobbyisten kommen im dem »Lobbyplanet« nicht zu kurz, so der »Berlin Capital Club« oder »Die Residenz«, wo sich Politiker, Lobbyisten aus Unternehmen und Verbänden, sowie berühmte Schauspieler und Musiker begegnen.

LobbyPlanet, Der Reiseführer durch den Lobbydschungel, Berlin 2015

Zu bestellen bei: [www.lobbycontrol.de](http://www.lobbycontrol.de)

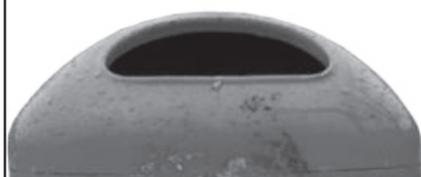
Weitere Infos: <https://lobbypedia.de>

ANZEIGE



Müll: Was wir wegwerfen, macht uns aus

Die neue OXI ab 12. Dezember im Handel



## WOHNVERHÄLTNISS SPANISCHSPRECHENDER

## Wer missbraucht denn hier das Gastrecht?

Alle drei Monate umziehen, in Abstellkammern wohnen: Realität von spanisch sprechenden Wohnungssuchenden in Berlin.

ANNE ALLEX, BERLIN

Ein Argentinier war 2014 in Berlin, um zu arbeiten. Jobs in seinem Beruf fand er nicht. So kaufte er sich einen Kleintransporter. Im Internet bot er Transportdienstleistungen an. Die AnruferInnen mehrten sich. Er fuhr Umzüge. Frauen, Männer, kleine Familien luden ihr Hab und Gut ein – und zogen in die neue Bleibe.

Nach einiger Zeit erzählte er, dass er bereits das zweite Mal einem gut betuchten Angestellten einer lateinamerikanischen Botschaft beim Umzug half. Gequält sagte dieser, dass er trotz gut dotiertem, unbefristetem Arbeitsvertrag stets nur sechswöchige Mietverträge erhielt. Bei Privatvermietern und Wohngemeinschaften hätte er es versucht. Sie alle boten ihm nur temporäres Wohnen an. Die Begründung für solch kurzzeitiges Gastspiel hieß immer: Wir wollen keine Unzufriedenheit in der Nachbarschaft. Wir wollen nicht, dass Ihnen etwas passiert. Kaum im neuen Zimmer angekommen, beginnt die Wohnungssuche aufs Neue. Sechs Wochen sind die Zeit, nach der sich deutsche

Gäste beim Ordnungsamt melden müssen, wenn sie weiterhin dort Gast bleiben wollen. Dem Lateinamerikaner wurde von Vermietern stets nur Gastrecht gewährt statt eines eigenen Mietvertrages.

Ein Anderer berichtet von einer Frau mit Kind, die das dritte Mal umzog. Sie hatte wenig Geld. Er half ihr beim Schleppen des Inventars. Die diplomierte Frau bekam in Berlin nur Putzverträge. Trotz Schulkind arbeitete sie zeitweilig in drei Schichten. Ihr Wohnen war prekär. Alle zwei Monate zog sie in eine andere Wohngemeinschaft, bemüht im selben Stadtbezirk zu bleiben, damit ihr Kind nicht die Schule wechseln musste. Die Vermieter begründeten das Zimmerhopping in Wohngemeinschaften mit dem zeitweiligen Aufenthalt von Mietmiethern im Ausland. Privatvermieter schickten sie weg, da ihr Nettoeinkommen nicht das Dreifache der Kaltmiete erreichte. Vom Arbeitslosengeld II wusste sie nichts. Diese Untervermietung in Wohngemeinschaften orientierte sich am Gastrecht für MigrantInnen. Denn jede AusländerIn muss sich nach zweimonatigem Aufenthalt in einer Wohnung beim Ausländer- und beim Ordnungsamt anmelden.

Die Stories ließen sich endlos fortsetzen. Ein Fokus der Berichte war die Unterbringungsqualität. Einzelpersonen oder Elternteile mit Kind

bewohnten in jedem Fall zu kleine Wohnflächen. Eine Bekannte wohnt im 12m<sup>2</sup>-Zimmer, nutzt Küche und Bad mit. Sie schläft im Hochbett, und hat seit einiger Zeit wegen schwarzem Schimmel Atemsorgen. Für die Abstellkammer zahlt sie 250 Euro inkl. Strom und Internet. Eine ältere Frau vermietet klandestin die 30 m<sup>2</sup>-Wohnung gegen Cash, da die Miete steigt und das Sozi nur die Miete bis zum Richtwert zahlt. Eine 75-jährige Migrantin mit Grundsicherung im Alter arbeitet in 2 Minijobs à 120 Euro. Ihr bleiben davon 80 Euro, die sie zur Mietzahlung ihrer winzigen Neuköllner Wohnung verwendet. Das Grundsicherungsamt wies sie nie auf bezahlbaren SeniorInnen-Wohnraum hin. Eine andere Latina bewohnt eine 2-Raum-Wohnung, deren Hauptmieterin die Tochter ist, die lange schon bei ihrem Freund wohnt. Die Mutter zahlt die gesamte Miete. Untervermieten kann sie nicht. Das Grundsicherungsamt ließ ihr zur Senkung der Kosten der Unterkunft ein Jahr Zeit.

Fragen zu Wohnverhältnissen sind für Spanischsprechende ein wunder Punkt. Grundsicherungsämter und Jobcenter erteilen falsche Auskünfte. So sollen Original-Kontoauszüge eingeschickt werden. Das Reinickendorfer Amt verlangt, dass die Kinder einer älteren Dame deren Miete komplett zahlen.

## FORUM FÜR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

## Ein Dach für eine vielfältige Bewegung

Vom 26. - 29. Oktober fand das Nyeleni-Herbsttreffen, das österreichische Forum für Ernährungssouveränität, in Graz statt. Ein Ort für all jene, denen die Themen Ernährung und Landwirtschaft wichtig sind, um sich besser kennen zu lernen, sich zu vernetzen und gemeinsame Strategien und Aktivitäten zu planen.

BRIGITTE KRATZWALD, REDAKTION GRAZ

Beim 1. Treffen für Ernährungssouveränität in Mali 2007 wurde der Name einer malischen Bäuerin gewählt, um eine ganze Bewegung zu bezeichnen. »Nyeleni ist«, erzählt Julianna von La Via Campesina und eine der Hauptorganisatorinnen des Treffens, »eine Ikone des kleinbäuerlichen Widerstands. Eines Widerstands, der auch feministisch ist, eben kein weißer Widerstand ist, und der vielen Vorurteilen, wie eine soziale Bewegung denn auszusehen habe, widerspricht«. Der Name wurde zum Programm der Bewegung für Ernährungssouveränität, die sich durch eine große Vielfalt an beteiligten Organisationen und Personen sowie auch an Themen auszeichnet.

Das Konzept Ernährungssouveränität wurde von La Via Campesina geprägt als Gegenentwurf zum Begriff der Ernährungssicherheit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), der es nur um ausreichende Mengen an Nahrung geht. Die hier Versammelten setzen sich dafür ein, dass diejenigen, die das Essen produzieren, verteilen und konsumieren, darüber auch mitbestimmen können. Neben La Via Campesina, dem globalen Zusammenschluss von Kleinbauern und -bäuerinnen, LandarbeiterInnen, Landlosen und Frauenorganisationen, sind im Nyeleni-Forum auch andere Personen und Initiativen entlang der Versorgungskette vertreten, die sich



▲ Exkursion zur Solidarischen Landwirtschaft Jaklhof

Foto: Lukas Meisinger

gegen die industrielle Landwirtschaft stellen. Da finden sich AktivistInnen der Essensretter, Menschen aus Foodcoops, umweltbewegte Menschen und solche aus feministischen Zusammenhängen. Zudem geht es um die Organisation von Menschen, die im industriellen Lebensmittelsystem arbeiten, etwa Frauen in Supermärkten oder ErntearbeiterInnen, die sogenannten Sezoni, denen bei diesem Forum ein spezieller Schwerpunkt gewidmet war.

Im DIY-Demokratie-Repair-Café ging es um die grundsätzliche Frage: Wer macht wie Agrarpolitik und warum machen wir die nicht selbst? Die Bewegung für Ernährungssouveränität fordert eine transparente,

partizipative Agrarpolitik und ein Grundrecht nicht nur auf gesunde Ernährung sondern auch auf Teilhabe an der Gestaltung. Ein wichtiges Thema bei diesem Forum war auch die aktuelle politische Situation in Österreich, wo die Grünen, als bisher wichtigster Ansprechpartner der Bewegung, nicht mehr im Nationalrat vertreten sind.

Im Workshop »Milch und Macht« waren die aktuelle Milchkrise und das durch sie bedingte Bauernsterben Ausgangspunkte, um die Machtverhältnisse in der globalen Landwirtschaft zu analysieren und nach der eigenen Handlungsmacht zu fragen. Milchproduzierende Bauern und Bäuerinnen können sich nicht so

leicht organisieren, weil sie zweimal täglich im Stall stehen müssen. Wie lässt sich unter diesen Bedingungen solidarisch handeln? Eine Lösungsmöglichkeit wurde in der neu aufkeimenden Genossenschaftsbewegung gesehen. Eine genaue Recherche aktueller Entwicklungen, Bildungsarbeit und die Schaffung von Räumen, wo Bauern, Bäuerinnen und AktivistInnen zusammenkommen können, wurden als weitere Handlungsoptionen genannt.

Ein anderer Workshop befasste sich mit der Idee von Ernährungsräten in Städten. Das sind Foren, die verschiedene AkteurInnen zusammenbringen: ErzeugerInnen, VermarkterInnen, GastronomInnen, KonsumentInnen,

Initiativen ebenso wie Einzelpersonen. Die Frage der Nahrungsmittelproduktion und -verteilung soll damit auf die lokale Ebene heruntergebrochen, Herausforderungen benannt und langfristige Pläne entwickelt werden, die sowohl die soziale als auch die ökologische Perspektive einbeziehen. Das Konzept der Ernährungsräte kommt aus den USA und ist im deutschsprachigen Raum noch relativ neu. Der erste Ernährungsrat wurde 2015 in Köln gegründet, inzwischen gibt es auch einen in Berlin und einige mehr sind – ebenso wie der in Wien – in der Aufbauphase. Ernährungsräte richten sich an die Politik, auch als Gegenpol zum Konzernlobbying. In Köln sind auch Mitglieder der Stadtverwaltung im Ernährungsrat vertreten.

Eine Diskussion unter dem Motto »Who cares?«, in der Probleme der Pflege im ländlichen Raum diskutiert wurden, rundete den dreitägigen Themenreigen ab. Wer wollte, konnte auch an einer Exkursion zu einer Solawi oder an einem Treffen in einem Stadtteilzentrum teilnehmen, wo mit BezirkspolitikerInnen und BewohnerInnen des »Grätzls«, eine Bestandsaufnahme der ernährungsbezogenen Infrastruktur vorgenommen und neue Ideen entwickelt wurden.

Nach drei ereignisreichen Tagen zeigt sich einmal mehr: Ernährungssouveränität kann einen Raum für die verschiedenen Gruppen, die in sehr unterschiedlichen Feldern arbeiten, bieten, um die gemeinsame Vision nicht aus den Augen verlieren. Es gebe da zwar nicht unbedingt konkrete Ergebnisse, resümiert Julianna, »aber über die Jahre hinweg merken wir, dass das irrsinnig viel Kraft gibt, den einzelnen Akteuren und Bewegungen, weil jeder weiß, ich bin nicht alleine auf weiter Flur, sondern da sind noch viele andere Menschen mit unterwegs«.

## Rodungsstopp im Hambacher Forst

Ein kleiner Sieg für die Aktivist\*innen im Hambacher Forst. Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen gab am 28. November bekannt, dass zur Vermeidung irreversibler Schäden im Rodungsgebiet Hambacher Forst die Rodungen ausgesetzt seien. Ein nächster Schritt des Gerichts ist der Vorschlag eines Vergleichs mit einer Verlängerung der Aussetzung bis zum 31. Dezember 2017, um die Sachlage neu zu prüfen. Der Anlass der Prüfung ist die Bechsteinfledermaus. Das Gericht konnte nicht ausschließen, dass eventuell ein besonderer Schutz des Hambacher Forstes nach den Fauna-Flora-Habitat-Richtlinien bestünde.

Die Aktivist\*innen warnen ihrerseits davor, das alles nicht zu hoch zu hängen, schließlich können die Rodungen jederzeit weitergehen. Doch zum Feiern ist ihnen schon zu mutig, sodass sie für Sonntag den 2. Dezember zur Strandparty luden.

Infos unter: <https://hambacherforst.org/blog/>

## ANZEIGE

# BAYER

## Was geht MICH denn BAYER an?

### JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte scannen



<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name	Vorname	Alter
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Straße, Hausnr.		PLZ, Ort
<input type="text"/>		<input type="text"/>
eMail	Telefon	



Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)  
Postfach 15 04 18  
D-40081 Düsseldorf  
Deutschland  
[info2@CBGnetwork.org](mailto:info2@CBGnetwork.org)  
[www.CBGnetwork.org](http://www.CBGnetwork.org)

FILMBESPRECHUNG: MACHINES

## Menschenschinderei in einer indischen Textilfabrik

**Laut und grau - das ist der erste Eindruck vom Inneren einer Textilfabrik im indischen Bundesstaat Gujarat. Es ist eine Fabrik von vielen in einem großen Industriegebiet. Der Dokumentarfilm, den der indische Regisseur Rahul Jain allein mit seinem mexikanischen Freund und Kameramann Rodrigo Trejo Villanueva gedreht hat, zeigt in langen, ruhigen Einstellungen den Alltag der Arbeiter.**

ELISABETH VOSS, BERLIN

Die Männer in der Textilfabrik tragen schwere Lasten, räumen Waschmaschinen ein und aus, die so groß sind, dass sie dazu selbst hineinsteigen müssen. Sie befeuern Öfen, aus denen Flammen schlagen und dunkler Rauch quillt. Tonnen mit Textilfarben werden mühsam bewegt, Kinder schöpfen daraus kleinere Mengen ab. Stoffbahnen laufen durch riesige Maschinen, von Hand kontrolliert und dirigiert. Auch an einer Färbestraße wird von Hand nachgebessert. Es zischt und dampft, die Arbeiter sind dem ohne jeden Schutz ausgeliefert, laufen in Plastiksandalen über den aufgeweichten Boden, kommen den Maschinen oft bedenklich nahe.

Die meiste Zeit sind nur Fabrikgeräusche zu hören. Keine Musik, nur selten Interviews, die deutsch untertitelt sind. Ein Arbeiter betont, dass er nicht ausgebeutet wird, denn er sei doch freiwillig hier. Eintausendsechshundert Kilometer ist er mit dem Zug gefahren - 36 Stunden im Stehen, weil es so voll war - um hier arbeiten zu können. Jetzt möchte

er ein bisschen Geld sparen, damit er seine Kinder zur Schule schicken kann. Dafür arbeitet er hintereinander in mehreren Schichten, fast ohne Pause. Ein Junge erzählt, dass er am liebsten umkehren und weglaufen würde, wenn er morgens ans Fabriktor kommt. Es ist quälend zuzuschauen, wie ein anderer Junge an einer Maschine kaum die Augen offen halten kann, immer wieder einnickt, zusammensackt, sich mit einem Ruck wieder aufrichtet und versucht, wach zu bleiben.

Die Arbeitskräfte werden über einen Subunternehmer angeworben, der seine Macht sichtlich genießt. Von ihm sind sie abhängig, er kümmert sich um sie, entscheidet wer einen Job bekommt, und wenn sie mal Geld brauchen, gibt er ihnen etwas. Den Fabrikbesitzer kennen die Arbeiter nicht. Treuherzig erzählt er dem Filmemacher, dass die Arbeiter heute zehnmal mehr verdienen als damals, vor zwölf Jahren, als es begann mit der Fabrik. Damals seien sie dankbar gewesen. Heute wären sie entspannt, würden sich nicht mehr um Probleme in der Produktion kümmern. Würde er ihnen mehr Lohn zahlen, dann würden sie es nur für Tabak oder Alkohol ausgeben.

Ein besser gekleideter Herr außerhalb der Fabrik - vielleicht ein Gewerkschafter - erläutert, dass es den Arbeitern so schlecht geht, weil sie sich nicht organisieren. Dies würde allerdings auch verhindert. Sobald sich in einer Fabrik eine Gewerkschaftsinitiative gründet, würden die Besitzer versuchen herauszufinden, wer das angefangen hat, und die Initi-

atoren dann einfach umbringen.

Der Film endet damit, dass einige Arbeiter aus einer großen Gruppe heraus in Richtung des Filmemachers fragen, warum er sie filmt. Will er ihnen helfen? Oder ist er so wie alle anderen, die kommen und dann wieder gehen? Er soll ihnen sagen, was sie tun können, sie würden ihm folgen, um ihre Situation zu verbessern.

Filmemacher Rahul Jain verzichtet darauf, selbst im Bild zu erscheinen oder zu kommentieren, auch seine Interviewfragen sind nicht zu hören. Er lässt die Aufmerksamkeit bei den Arbeitern und seinen weiteren Gesprächspartnern. Frauen kommen in dem Film nicht vor. Im Gespräch nach der Vorführung berichtet Jain, dass der Bildband »Workers« von Sebastião Delgado ein Vorbild für seinen Film war. Er möchte die Bilder sprechen lassen und den Sound der Fabrik, denn »Was du siehst, das glaubst du, was du hörst, das fühlst du.«

Den Namen der Fabrik verrät der Regisseur nicht, denn sie ist kein skandalöser Einzelfall, sondern steht für unzählige andere. Sie produzieren alle für große internationale Textilketten. Der Film beeindruckt durch den direkten Einblick, den er in diese menschenunwürdige Arbeitswelt gibt. Ihm ist eine weite Verbreitung nicht nur in Kinos, sondern auch bei Gewerkschaften und NGOs zu wünschen, denn er zeigt das, was gerne geleugnet wird, hautnah.

**Machines, Dokumentarfilm von Rahul Jain, Indien/ Deutschland/ Finnland 2017, 71 Minuten, Verleih: Pallas Film, Kinostart: 9. November 2017 <http://machines-themovie.com/>**



FILMBESPRECHUNG

## Verschweigen für Anfänger

**Ein Film über den Whistleblower, der die Korruption um das »Oil for Food«-Programm aufdeckte.**

FRIEDRIKE GRABITZ, LÜBECK

Der junge, idealistische Diplomat Michael Soussan (Theo James) arbeitet erst wenige Tage in seinem Traumjob bei den Vereinten Nationen (UNO), als sein Vorgesetzter Pasha ihn in sein Büro zitiert. Mit spitzen Fingern versenkt er einen Bericht, den Michael ihm mitgebracht hat, im Aktenvernichter. Der ist entsetzt: »Aber - da steht alles drin!«. Pasha, meisterhaft gespielt von Ben Kingsley, erteilt ihm die erste und vielleicht wichtigste Lektion für seine Arbeit: »Schreiben Sie niemals alles. Nicht lügen, das nicht. Aber wählen Sie genau aus, welche Informationen Sie weitergeben. Wir wollen ja, dass das Programm verlängert wird.«

**Nicht lügen, aber verschweigen**

Das Programm, von dem er spricht, heißt »Oil for Food« und wurde im Vorfeld des zweiten Irak-Kriegs von den USA entwickelt. Sie reagierten damit auf die Kritik, Wirtschaftssanktionen gegen Saddam Hussein trafen vor allem die Zivilbevölkerung. Durch das Programm flossen zwischen 1995 und 2003 insgesamt 64 Milliarden US-Dollar von mehr als 2.000 Unternehmen in das Land, um Lebensmittel und Medikamente gegen Öllieferungen für den Weltmarkt einzutauschen.

Michael Soussan ist mit seinen 24 Jahren der bis dahin jüngste Programmleiter der UNO. Er ist im

»Öl für Lebensmittel«-Programm verantwortlich für ein Budget von stolzen zehn Milliarden Dollar und fest entschlossen, »einen Unterschied zu machen«. Das wird er tun - aber anders als geplant nicht mit dem »Oil for Food«-Programm, sondern dagegen. Er wird als Whistleblower einen gigantischen Korruptionsskandal aufdecken und das saubere Image der Vereinten Nationen empfindlich beschädigen. Nach Soussans Enthüllungsbuch »Backstabbing for Beginners« (»Hintergehen für Anfänger«), auf dem der Film basiert, musste UN-Generalsekretär Kofi Annan 2003 eine Untersuchungskommission gegen seine eigene Organisation einsetzen.

**James Bond als Realthriller**

Zunächst wird der junge Diplomat in ein zwischen krasser Armut und Dekadenz gespaltenes Vorkriegs-Bagdad geschickt, wo er bei einem Empfang im schicken Fünf-Sterne-Hotel schnell erfährt, dass sein Vorgänger nicht zufällig gestorben ist. Er wurde ermordet, weil er zu viel wusste. Spätestens in dieser Szene verdichtet sich die Bond-Atmosphäre, die sich in den geschliffenen Dialogen zwischen Meisterdiplomaten Pasha (schon der Name ist doppeldeutig) und seinem Novizen aufgebaut hat. Bis auf spektakuläre Actionsszenen hat der Agenten-thriller alle Bond-Elemente: flirrende Hitze und unübersichtliche Szenarien, Anzuträger mit undurchsichtigen Motiven und Waffen unter arabischen Gewändern. Ein Bond-Girl in Gestalt der hübschen Dolmetscherin lässt den Helden schnell Frau und Kinder



▲ Die Untiefen der Diplomatie: Verhandlungen mit dem irakischen Kurdenführer

Foto: Creative Alliance

vergessen und macht ihn auch dann noch liebeswirr, als er erfährt, dass sie vermutlich selbst eine Agentin ist.

**Lieber korrupt als gar nicht**

Die junge Frau namens Nashim führt den anfangs noch recht naiven Jungdiplomaten nach und nach in Kreise ein, in denen die UN-Politik harsch kritisiert wird. Er findet heraus, dass den Irakern vor allem dann geholfen wird, wenn Kontrollen anstehen oder die Medien präsent sind. Lange abgelaufene Medikamente werden verteilt und auf Hilfslieferungen wird an der Grenze eine illegale Abgabe erhoben, die direkt in die irakischen Regierungskassen

fließt. Von den gewaltigen Geldsummen aus dem Programm kommt ein großer Teil nicht bei den Betroffenen an, sondern versickert in den Taschen der Beteiligten. Am meisten schockiert Soussan, dass alle davon zu wissen schienen und es in Kauf nehmen - denn ohne »Oil for Food«, argumentiert Pasha, gäbe es gar keine Hilfslieferungen mehr.

Spätestens als Michael, zurück in den USA, einen Datenträger Nashims dechiffriert, wird er offen bedroht. Aber Michael ist kein Held, und seine Memoiren sind letztlich kein James-Bond-Thriller. Es wird noch zwei Irak-Reisen, einige Enthüllungen und etliche Monate lang dauern, bis er genügend Mut und Material gesam-

melt hat, um mit einem Aktenkoffer und dem größten Korruptionsskandal unserer Zeit durch die Glastür des Wall Street Journal geht. Dabei handelt es sich nicht um das echte Redaktionshaus, denn »Backstabbing for Beginners« wurde weder in den USA noch im Irak gedreht, sondern in Marokko, Kanada und Dänemark. Selten wurde UN-Realpolitik so spannend inszeniert wie in diesem Thriller.

**BACKSTABBING FOR BEGINNERS, Regie: Per Fly. Mit Theo James, Belçim Bilgin, Jaqueline Bisset, Ben Kingsley u.a. Dänemark/Kanada 2017, 108 Min. Der Film hatte seine Deutschlandpremiere bei den Nordischen Filmtagen in Lübeck Anfang November. Er startet in den Kinos zunächst in Dänemark im Januar 2018**

## HANDBUCH FÜR BAUGRUPPEN



Baugemeinschaften und Baugruppen sind derzeit nicht nur in den großen Städten im Gespräch und in den Medien. Die kommunale Stadtentwicklungspolitik beginnt, von Stadt zu Stadt sicherlich unterschiedlich stark, diese zusehends als Instrumente einer anderen Baupolitik zu fördern.

Die drei AutorInnen des hier vorliegenden schmalen Bandes kommen aus der Praxis und publizieren ihr Handbuch in einem ingenieurwissenschaftlichen Fachverlag. Sie umreißen die verschiedenen Phasen einer Baugruppe von der Findung geeigneter Interessierter, über die Erstellung eines inhaltlichen Konzeptes über die eigentliche Bauphase und die schlussendliche und nicht zuletzt auch herausfordernde Phase, die des Wohnens. Implizit gehen sie dabei von einem Neubau aus, vieles dürfte aber auf einen Umbau/Umwidmung oder eine Sanierung übertragbar sein, einiges, über das sie schreiben, sich dort sogar verschärft zeigen. Der grundsätzliche Ansatz ist kein explizit gesellschaftskritischer oder auch nur spät-alternativer: Hier wird pikanterweise davon ausgegangen, dass der Wunsch nach gemeinsamem Wohnen heute aus der Mitte der Gesellschaft komme und oftmals angesichts explodierender Immobilienpreise der einzige Weg sei, heute überhaupt noch in Eigentum (!) wohnen zu können. Empfehlungen zum echten, entprivatisierten Gemeinschaftseigentum oder zum Mietshäusersyndikat finden sich hier also nicht.

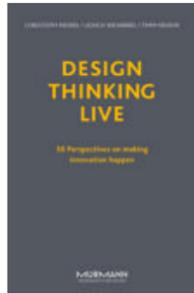
Stattdessen sehr viele Informationen aus der Praxis über z.B. Gruppenprozesse und Entscheidungsfindung oder erhellende Reflektionen über die verschiedenen Funktionen, die Rollen und Perspektiven der Beteiligten an einem Bau (Nutzer\_innengemeinschaft, Architekt\_in, Projektsteuerung, Bauleitung, Handwerker, etc.). Schließlich bauen die Mitglieder einer Baugruppe meist nur einmal im Leben und dies unter erheblichem finanziellem Druck, ein Bauleiter oder eine Architektin dagegen öfters. Rechtliche Aspekte werden referiert und darauf hingewiesen, dass dafür, wie für etliches andere auch, unbedingt externe Expertise hinzugezogen werden sollte. Nicht zuletzt wird vor Fallen gewarnt, etwa z.B. bei der Frage von Lärm im Haus, bei der Zeitplanung oder beim Umgang mit festgestellten Mängeln. Immer wieder wird für Toleranz, Pragmatismus und Kommunikationsfähigkeit geworben. Ohne diese, und andere, Eigenschaften, ist so ein in der Regel mehrjähriges Projekt, nicht zu stemmen.

Die vielen zwischen die Kapitel gestreuten Interviews geben konkrete und persönliche Beispiele und (damit) einen guten Einblick in die Situation – und die Leserin kann so von bereits gemachten Erfahrungen profitieren. Das Buch ist trotz seiner stellenweisen Sprunghaftigkeit sehr hilfreich und unbedingt zu empfehlen. Denn »wer ein hohes Haus bauen will, muss lange am Fundament verweilen« (Konfuzius).

Bernd Hüttner

F. May/ S. Ullrich/ K. Steiger: **Gemeinsam Bauen. Baugruppen, Baugemeinschaften. Wege und Erfahrungen**; VDE Verlag, Berlin 2017, 122 Seiten, 24,80 Euro.

## DESIGN THINKING: SEIN ODER SCHEIN?



Wenn von Innovation die Rede ist, wird häufig auf die Methode des »Design Thinking« verwiesen. Die Stiftung des SAP-Gründers Hasso Plattner bemüht sich um dessen Verbreitung, unter anderem mit dem Hasso-Plattner-Institut (HPI), einem An-Institut der Universität Potsdam – als Brückenschlag ins Silicon Valley, wo Plattner ein ebensolches Institut an der Stanford University in Palo Alto (Kalifornien) begründete.

Aber was ist Design Thinking überhaupt? Die Herausgeber Christoph Meinel, Ulrich Weinberg und Timm Krohn – alle drei leitend am HPI tätig – wollen es mit »Design Thinking Live« erklären. Vollmundig kündigt der Verlag an: »In diesem Buch berichten Menschen über ihre Erlebnisse mit einem der innovativsten Denkinstrumente der Welt«. Die Einleitung kommt mit frischer Leichtigkeit daher. Bei der Produktentwicklung sollen nicht technische oder wirtschaftliche Fragen im Mittelpunkt stehen, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Genauer gesagt: Der Kund\*innen, in die sich die Entwickler\*innen in den Unternehmen empathisch einfühlen sollen. In multidisziplinären Teams und flexiblen Räumen durchlaufen sie in einer Atmosphäre kreativer Freiheit einen »iterativen Prozess«. In mehreren Schritten vom Verstehen der Kund\*innenbedürfnisse über die Ideenfindung sollen sie schnell zur Herstellung von Prototypen kommen und diese gleich testen. Nicht Perfektion, sondern spielerische Freude soll diesen Prozess leiten.

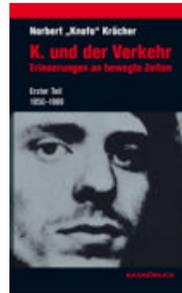
Auf die Einleitung folgen Beiträge leitender Persönlichkeiten aus Bildungseinrichtungen und Unternehmen, die mit wenig tiefgründigen Lobpreisungen der wunderbaren Wirkungen des Design Thinking ermüden. Um mehr zu erfahren, greife ich zu »Network Thinking« von Ulrich Weinberg, dem Leiter der School of Design Thinking am HPI. Dieser spricht die Leser\*innen persönlich an und versucht sie davon zu überzeugen, sich von Gewohntem wie dem Brockhaus und hierarchischen Strukturen zu verabschieden. Sie sollen das Neue, die Zukunft, die heilsversprechende Digitalisierung an sich herankommen lassen, mit einfachen Lösungen für komplexe Probleme, mit Hilfe von vernetzten Strukturen und durch lebenslanges Lernen. Herablassend rät der Autor, angesichts dieser verwirrenden Botschaft erstmal in Ruhe einen Kaffee oder Tee zu trinken. Sätze wie »Der Wandel in unserem Denken wird irreversibel sein« sind fett und rot gedruckt, und mit einem Pfeil versehen. Zwischendrin wirbt Weinberg fürs HPI und erzählt von seinem siebenjährigen Sohn, der auch das Vorwort zu dem Buch schreiben durfte, mit Papas Hilfe. Und immer wieder die Aufforderung, ich solle Tee trinken. Nach der Hälfte des Buches gebe ich genervt auf.

Elisabeth Voß

Christoph Meinel, Ulrich Weinberg, Timm Krohn: **Design Thinking Live - Wie man Ideen entwickelt und Probleme löst**, 272 Seiten, 25,00 Euro.

Ulrich Weinberg: **Network Thinking - Was kommt nach dem Brockhaus Denken?** 232 Seiten, 25,00 Euro. Beide: Murmann Publishers, Hamburg 2015.

## MIT KNOFO IST KEIN STAAT ZU MACHEN



Fast 500 Seiten umfasst der erste Teil der Autobiographie von Norbert »Knofo« Kröcher, der sich am 16. September 2016 erschoss. Seine letzten Worte: Er habe Abenteuer erlebt, »von denen die meisten nur träumen können, konnte viele Sachen machen, die den Machthabern den Schweiß aus der Arschfuge trieben, konnte ein bisschen am Zeiger drehen. Ich verabschiede mich so wie ich gelebt habe: Nicht immer geräuschlos, aber konsequent.«

Das Buch ist flüssig zu lesen und spannend. Wer einen nostalgischen Blick auf bewegte Zeiten werfen möchte, wird gut bedient. Knofo wird 1950 in Falkensee bei Berlin geboren, die Familie zieht 1953 nach Westberlin. Er beschreibt zunächst seine Kindheit und Jugend im Nachkriegsberlin. Am 2. Juni 1967 wird er erstmals verhaftet. Für die Student\_innen waren Proletarier wie Knofo »das Objekt der Begierde«. Aber für Knofo war der SDS schon Ende 1967 obsolet, als die Kommune 1 ausgeschlossen wird. Am 5. Juli 1969 ruft der »Zentralrat der umherschweifenden Haschrebellen« zu einem ersten Westberliner Smoke-In auf, wobei der »Blues« – der politische Teil der Haschrebellen – für Knofo prägend wird. »Ich war 21 Jahre alt, in der »Scene« bekannt wie ein bunter Hund, und wurde von der Polizei gesucht«, so Knofo. Anfang 1972 ist er dann bei der Gründung der »Bewegung 2. Juni« dabei. Er ist bei Banküberfällen zugegen und taucht unter, bis er schließlich verhaftet wird. Sehr interessant an dem Buch ist die Beschreibung seiner Knastzeit. Dort gewinnt Kröcher tiefe Erkenntnisse über die Verhältnisse in der Gesellschaft. Knofo: »Im Knast gibt es keine Helden. Es gab Momente, in denen mir so elend und abgrundtief traurig zumute war, dass ich einfach nur weinen wollte.« Ansonsten strotzt es im Buch vor Selbstbewusstsein, Selbstzweifel sind selten. »Man« kennt das ja, wie Männer aus der Subkultur sich selbst stilisieren. Nur die anderen – so die heutigen Linken – seien Teil des Problems. »Vergiss die meisten der sich irgendwie »links« Gebärdenden. Kritiker meinen, mit dieser Linken sei kein Staat zu machen. Ganz im Gegenteil. Ganz im Gegenteil«, so Knofo. Neben dem Narzissmus in dem Buch musste ich auch bei Knofos Frauenbild des Öfteren schlucken. Während Knofo »etlichen der schärfsten Weiber des Planeten beiwohnen« durfte, sei ein »Fettsack«, der sich ihm beim Banküberfall gegenüberstellt, natürlich »chronisch unternüchtern«. Das Mackertum lugt im Buch oftmals hervor. Knofo bezog eine Rente von 260 Euro, niemals allerdings ist im Text von Ämtern die Rede. Den Klappentext zieren seine diversen Tätigkeiten. Der erste Teil seiner Autobiographie endet mit dem Mauerfall 1989. Man darf gespannt sein, wie es weiter geht.

Anne Seeck

Norbert »Knofo« Kröcher: **K. und der Verkehr. Erinnerungen an bewegte Zeiten, Erster Teil 1950-1989**, Basisdruck Verlag, Berlin 2017, 496 Seiten, 28 Euro.

## WENN MENSCHEN IHRE ANGST VERLIEREN



Eine Gruppe beherzter Leipziger Jugendlicher, die sich dem System widersetzen, gegen Umweltverschmutzung und Staatsrepression eintreten, Basisdemokratie und Meinungsfreiheit praktizieren, lernt die Leser\*in dieses Buchs kennen und lieben. Mit erfrischender Offenheit agieren rund zwei Dutzend Oppositionelle in den späten achtziger Jahren. Damit setzen sie sich allerdings Repressionen der Stasi-Behörde aus. Dennoch sind sie ausgesprochen »gut drauf«.

In der Initiativgruppe Leben gab es keine zentralistische Struktur. Alle, die mitmachen, konnten mitentscheiden. Eigeninitiative hatte Vorrang vor Gruppenkonsens. Die Aktiven der Basisgruppen führten einen spannenden gewaltlosen Kampf, den andere für aussichtslos hielten. Und sie hatten Erfolg. 1989 löste sich das marode DDR-System auf.

Genau so wichtig wie die mutigen Aktionen (illegales Flugblattverteilen, nicht genehmigte Demonstrationen – im Stasi-Jargon »Zusammenrottungen« etc.) war das sympathisierende Umfeld: Pfarrer, Freund\*innen, Verwandte, Ausreise-Antragsteller\*innen, die Öffentlichkeit, Passant\*innen ... »Demokratie – jetzt oder nie!« riefen sie bei den Montagsdemos. Die bundesrepublikanische Variante davon hatten sie nicht im Auge. Doch die Zeit nach dem Anschluss behandelt das Buch nur noch in Kurzbiographien unter dem Titel »Wie es für sie weiterging«.

Wensierski verwendet immer wieder Originaltexte, um einzelne Stationen des Widerstands authentisch darzustellen. Die wirken trotz des Ernstes der Auseinandersetzung mit der Staatsmacht gelegentlich auch erheitend. So zum Beispiel das Protokoll des Stasi-Verhörs von Frank, einem Mitgründer der Initiativgruppe Leben, nach einem nicht genehmigten Straßenmusikfestival: »Warum glaubten Sie, dass wir die Konfrontation scheuen würden? – Ich nehme an, dass Sie sich mit einem Einschreiten nicht noch mehr vor der Weltöffentlichkeit blamieren möchten.«

Ausgesprochen ermutigend wirkt die Geschichte dieser Rebellion. Und sie wird von Peter Wensierski fesselnd beschrieben. Er konnte Tagebücher und Tonbänder auswerten und ausgedehnte Interviews mit seinen Protagonist\*innen führen. Dabei interessierte den Autor auch »die Rolle der vielen »kleinen« Helfer. Ohne sie hätte die Arbeit der zu allem entschlossenen Aktivist\*innen in den Gruppen nicht funktioniert. Mal für die Oppositionellen einen Brief transportieren, mal einen Raum zur Verfügung stellen, mal ein Fahrzeug ausleihen, mal für eine Nacht den Schlüssel der Siebdruckwerkstatt anvertrauen – es gab viele Möglichkeiten, den Widerstand zu unterstützen, es musste nicht jeder den Kopf hinhalten. Eine Demonstration, die nur aus den ersten Reihen besteht, ist keine.« Auch solche Erkenntnisse machen dieses Sachbuch, das zugleich als Roman funktioniert, zu einer inspirierenden Lektüre.

Ariane Dettloff

Peter Wensierski: **Die unheimliche Leichtigkeit der Revolution. Wie eine Gruppe junger Leipziger die Rebellion in der DDR wagte**. München (Deutsche Verlagsanstalt) 2017, 464 Seiten, 19,99 Euro.

## 30 Jahre »Politische Ökologie«: Transformationsgeschichten



Manche Argumente machen ratlos, etwa dasjenige, dass Bio-Essen für die Mehrheit zu teuer sei. Dann ist es schön, die Geschichte aus Kopenhagen zu kennen, die wie ein Märchen klingt: Ende 2015 hat die dänische Hauptstadt die Küchen aller ihrer öffentlichen Einrichtungen, also Mensen, Kantinen, Kindergärten und Krankenhäuser, auf mindestens 90 Prozent Bio-Essen umgestellt – ohne Preissteigerung. Das hat funktioniert, weil die Köche von Fertigprodukten auf frisches und saisonales Essen umstellten, weil weniger Fleisch angeboten und fast nichts mehr weggeworfen wurde.

Gute Geschichten wie diese sind es wert, erzählt zu werden. Die Zeitschrift »Politische Ökologie« (PÖ) hat anlässlich ihres 30-jährigen Erscheinens einen Sonderband herausgebracht, der 30 von ihnen sammelt und unter den Kategorien »Politik und Gesellschaft«, »Ressourcen und Klima« und »Arbeiten und Wirtschaften« auf jeweils drei bis vier Seiten erzählt. Die AutorInnen sind NGO-Mitarbeiter oder Wissenschaftlerinnen, Umweltpolitikerinnen oder Aktivistinnen, viele von ihnen schreiben regelmäßig für die PÖ.

Einige der Projekte sind außerhalb von Fachkreisen noch wenig bekannt. Eine New Yorker Anwältin hat unter dem Namen »596 acres« eine Katasterkarte aller kommunalen Flächen New Yorks veröffentlicht und dazu aufgerufen, sie öffentlich zu nutzen, beispielsweise für Urban Gardening. Auf den Philippinen hat der Supertaifun »Hajan« große Teile der öffentlichen Infrastruktur zerstört. Im Zuge des Wiederaufbaus hat die Initiative »Re-Charge« eine Flotte von Kleinbussen für den ÖPNV repariert und auf solaren Elektroantrieb umgerüstet. Das Fraunhofer-Institut Aachen testet zurzeit Straßenbeläge aus Solarzellen, und die »Global Alliance for the Rights of Nature« in Ecuador setzt sich für ein Natur-Tribunal ein. In Baden-Württemberg bilden »Reallabore« eine Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis. Aus einem solchen Reallabor ist zum Beispiel die Idee des »Space Sharing« hervorgegangen, was bedeutet, städtische Gebäude zur Verfügung zu stellen, wenn sie normalerweise leer stehen, also beispielsweise Verwaltungsgebäude abends für Kulturveranstaltungen zu öffnen.

Die Projekte sind nur kurz skizziert. Das ist gut lesbar, bleibt aber meistens zu sehr an der Oberfläche, und einige Beiträge, wie der über Gender-Klimapolitik, verlieren sich in Allgemeinplätzen. Als inhaltliche Klammer funktioniert das Konzept der »Großen Transformation«, auf die im Nachwort Harald Welzer detaillierter eingegangen: echte Transformation sei nur möglich, wenn wir aus der Wachstumsspirale wirklich aussteigen. Welzer ist Herausgeber der »Zukunfts-Almanache«, die auch visionäre Projekte porträtieren – in Buchform und sehr viel ausführlicher. Das zweite hätte diesem Band auch gut getan.

Friederike Grabitz

Oekom e.V. - Verein für ökologische Kommunikation: **Geht doch! Geschichten, die zum Wandel anstiften**. oekom Verlag, München 2017, 150 Seiten, 17,95 Euro.

